

"Die plötzliche Implosion eines obsoleten Gesellschaftssystems ist ja eine Eventualität, die auch auf der anderen Seite des ehemaligen Eisernen Vorhangs keineswegs auszuschließen ist": Gespräch mit Claus Offe

Strecker, David

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sonstiges / other

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Strecker, D. (2013). "Die plötzliche Implosion eines obsoleten Gesellschaftssystems ist ja eine Eventualität, die auch auf der anderen Seite des ehemaligen Eisernen Vorhangs keineswegs auszuschließen ist": Gespräch mit Claus Offe. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 4(2), 253-284. <https://doi.org/10.3224/zpth.v4i2.15369>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

„Die plötzliche Implosion eines obsoleten Gesellschaftssystems ist ja eine Eventualität, die auch auf der anderen Seite des ehemaligen Eisernen Vorhangs keineswegs auszuschließen ist“

Claus Offe im Gespräch mit David Strecker

*David Strecker**

Strecker: Sie sind von der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft im vergangenen Jahr für Ihr Lebenswerk ausgezeichnet worden. Der seit 2003 alle drei Jahre verliehene Preis trägt bisher den Namen Theodor Eschenburgs, dessen Verstrickungen mit dem NS-Regime gegenwärtig in der Diskussion sind. In Ihrer Preisrede, die ein Medienecho zur Folge hatte, das diese Diskussion über die Fachgrenzen hinaus in die breitere Öffentlichkeit getragen hat, distanzieren Sie sich deutlich von Eschenburg, vor allem von der Wahl seines Namens zur Benennung des Preises und schließen sich der Empfehlung eines im Auftrag von Vorstand und Beirat der DVPW von Hannah Bethke angefertigten Gutachtens an, den Preis künftig anders zu benennen. Bitte skizzieren Sie Ihre Kritik nochmals.

Offe: Die unerwartet dramatische Entwicklung, die da eingetreten ist, hat ihren Anfang im Frühsommer 2011, als mir von einem Mitglied des Vorstandes berichtet wurde, dass die Entscheidung getroffen worden ist, mir den Preis zu verleihen. Ich habe damals schon in einem Brief, aus dem ich dann in meiner Rede zitiert habe, in Bezug auf die Benennung des Preises nach Theodor Eschenburg drei Vorbehalte und Motive meines Zögerns formuliert.

Der erste Vorbehalt war, dass Theodor Eschenburg als hoher wirtschaftspolitischer Funktionär und Leiter eines staatskorporatistischen Verbandes eines Industriesektors in das Naziregime involviert und an zumindest *einer* Enteignung, ‚Arisierung‘ nannte man das damals, beteiligt gewesen ist, und zwar in einer Weise und, wie die Dokumente zeigen, in einer Sprache, die schlicht abstoßend ist. Nun bin ich nicht zum Richter über einzelne Handlungen und Entscheidungen von Personen im NS-Regime berufen. Aber die Dokumente zeigen doch eine mehr als belanglose Verwicklung. Eines der beiden Gutachten, auf die ich mich gestützt habe, das von Frau Bethke, lässt deutlich erkennen, dass er in mindestens diesem Falle bedenkenlos und aktiv, ohne jeden Vorbehalt und mit einer gewissen Beflissenheit dem Regime seine Wünsche erfüllt hat.

* Dr. David Strecker, Friedrich-Schiller-Universität Jena
Kontakt: david.strecker@uni-jena.de

Der zweite Punkt ist der, dass er dazu in seinem ausführlichen autobiografischen Werk nie Stellung genommen hat. Vielmehr hat er, als politischer Publizist in der *Zeit* und an anderen Stellen, die politische Biografie von Leuten wie Hans Globke beschönigend, verharmlosend und preisend kommentiert. Dieses Fehlen einer expliziten rückblickenden Stellungnahme zu eigenen und anderen Handlungen – das stört mich. Zumal es Anhaltspunkte dafür gibt, die von seinen Freunden und Schülern geäußert worden sind, dass er über seinen auch in den frühen 1930er Jahren schon bezugten Antisemitismus nie wirklich hinweggekommen ist. Es findet sich keine Äußerung dazu. Das ist schwerlich geeignet, ihn zum irgendwie vorbildhaften Vertreter politikwissenschaftlicher Forschung und Lehre zu machen; die Entscheidung eines früheren Vorstandes der DVPW, dies dennoch zu tun, war meines Erachtens nicht gut bedacht. Das sind die beiden wichtigen Punkte.

Hinzu kommt aber auch die Art und Weise, wie Eschenburg Politikwissenschaft betrieben hat. Fachkundige Beobachter haben die Frage gestellt, ob er überhaupt Politikwissenschaft in Forschung und Lehre betrieben hat. Er hat politische Bildung betrieben und in den 1950er Jahren die institutionellen und curricularen Grundlagen für politische Bildung entwickelt. Ob man ihn deshalb, wie Marion Gräfin Dönhoff das getan hat, als Präzeptor Germaniae, also als Reeducation-Leiter charakterisieren muss, ist eine andere Frage. Aber er hat, zusammen mit Arnold Bergstraesser, das Fach Politische Bildung begründet. Das hat er allerdings in einer Weise getan, die in höchstem Maße unkritisch und distanzlos ist und für kritische Fragen wenig Raum bietet. Er hat davon gesprochen, dass politische Bildung die „Fahrschule der Demokratie“ sei. Verfassungspolitische Entscheidungen, die 1948/49 getroffen worden sind, hat er also als ein Regelwerk begriffen, das den Schülern, den Studierenden und der Öffentlichkeit als verbindlich nahegebracht und wie positives Recht eingepflegt werden muss. Dabei fehlt mir die Berücksichtigung des Sachverhalts, dass Demokratien stets selbstbefragende und zur Perfektionierung ihrer selbst disponierte und verpflichtete Systeme sind. Wozu ist eigentlich Demokratie gut und welches sind ihre Gefährdungen? Weshalb können Demokratien wie in der Weimarer Republik scheitern? Welche Kräfte und Machtverhältnisse sind maßgeblich dafür, dass Demokratien funktionieren und sich konsolidieren können? Alle diese Fragen sind ausgeblendet. Das war eben in den fünfziger Jahren so. Ich bin in den fünfziger Jahren aufgewachsen und dieser Doktrin ausgesetzt gewesen. Die mag seinerzeit ihr gutes Recht gehabt und heilsame Wirkungen entfaltet haben; aber sie verdient heute nicht, als vorbildgebende intellektuelle Leistung gewürdigt zu werden.

Einige der nicht sehr zahlreichen, wenn auch lautstarken Kritiker meiner Entscheidung, diese Fragen zu stellen und das auch öffentlich zu tun, sagen, ich habe Eschenburg herabgewürdigt. Das war nicht meine Absicht. Ich wollte nur einen Gegenakzent setzen gegen die meines Erachtens aus den drei genannten Komplexen von Gründen ungerechtfertigte *Heraufwürdigung* zum Namensgeber einer ganzen professionellen Vereinigung beziehungsweise ihres repräsentativen Preises. Zumal es auch andere Kandidaten gegeben hätte (wie Eugen Kogon, Ernst Fraenkel, Wolfgang Abendroth oder Franz Neumann), die als Gründungsväter der Politikwissenschaft in Nachkriegsdeutschland eine Rolle gespielt haben; Ernst Fraenkel ist als Remigrant sicher ein sehr viel plausiblerer Namensgeber.

Geradezu bestürzt hat mich dann die Äußerung eines Fachvertreters, man habe Eschenburg nicht überschätzen wollen, aber die Benennung des Preises sei ein Mittel gewesen, um konservative Mitglieder der Profession bei der Stange zu halten. Da es schon einmal eine Abspaltung gegeben hat, habe man einen Anreiz schaffen wollen, um die

Mitgliedschaft eher konservativer Kollegen zu erhalten. Das ist meines Erachtens eine zynische Instrumentalisierung dieses Vorgangs.

Mit dem Kollegen konnte ich mich im Übrigen problemlos darüber verständigen, dass die intellektuelle Bedeutung von Eschenburg heute – heute, das betone ich – eine durchaus beschränkte ist, was auch sein Zitiererfolg im aktuellen Schrifttum zeigt. Niemand liest heutzutage selbst das Buch, das am populärsten war, nämlich *Herrschaft der Verbände*, was ein schlecht strukturiertes politisches Feuilleton mit politischen Bemerkungen, Beobachtungen, Vermutungen und Befürchtungen ist und von seriöser Verbändeforschung und der Pluralismus-, der Korporatismus- oder der Gewerkschaftstheorie weit entfernt ist. Man liest das heute, wenn überhaupt, mit dem schönen Gefühl, dass es wirklich einen Fortschritt in der Politikwissenschaft gibt. Das sagt nichts über seine Rolle in den fünfziger Jahren aus, aber den Preis heute so zu benennen, suggeriert eine intellektuelle Respektabilität der namensgebenden Person, die meines Erachtens nicht mehr gegeben ist. Ich glaube nicht, dass es darüber ernsthaft Streit geben kann.

Strecker: Gab es denn auch Reaktionen auf Ihre Rede, die Sie für bedenkenswert halten?

Offe: Ja, es gab eine Reaktion des Kollegen Roland Czada, die mich nachdenklich gemacht hat und die ich respektabel fand. Czada hat in Telefonaten und einem Briefwechsel dargelegt, dass er, gerade auch durch seine Erfahrung mit politischer Bildung in jungen Demokratien Afrikas, davon überzeugt ist, dass politische Bildung im Sinne einer Propädeutik der Institutionenkunde – Was ist ein Parlament? Was ist ein Rechtsstaat? Was ist Gewaltenteilung? Was sind Wahlen? Was sind Bürgerrechte? – etwas ist, das unbedingte Voraussetzung für die Stabilität einer demokratischen Ordnung ist. Genau das habe Eschenburg praktiziert, der schon deswegen mehr Respekt verdiene, als ich das durch meine Intervention zum Ausdruck gebracht habe. Es ist nicht meine Sichtweise, aber ich nehme zur Kenntnis, dass dieses Argument besteht.

Meine Sichtweise über die Entwicklung der Demokratie in Westdeutschland unter den Bedingungen des Kalten Krieges und mit ihren durchaus problematischen Aspekten ist die, dass die Konsolidierung der Demokratie deshalb so erfolgreich war, weil sie mit einem präzedenzlosen Nachkriegsboom und der damals betriebenen Westintegration zusammenfiel. Eine Rolle gespielt hat damals die Erhardt'sche Version der sozialen Marktwirtschaft als einem bis in die Mitte der sechziger Jahre nicht enden wollenden Positivsummenspiel sowie die Tatsachen, dass die Sozialdemokraten mit ‚Godesberg‘ aufgehört haben, von Sozialismus zu reden, und dass die KPD 1956 verboten war. Auch für Wirtschaftshistoriker wie Christoph Kleßmann oder Werner Abelshäuser ist diese Konsolidierungsphase so zu erklären, also durch die historische Koinzidenz von Nachkriegsboom und einem politischen Kräftefeld, das durch starke Konvergenzen charakterisiert war. Das sind die wahren Gründe und nicht die politische Bildung. Auch dass wir, anders als in der Weimarer Republik, praktisch keine intellektuell präsentablen Antidemokraten haben, ist eher so als durch die Erfolge der politischen Bildung zu erklären. Diese Konvergenz gibt es auch in den Medien: Es findet sich seit den fünfziger Jahren keine systemkritische Zeitung von irgendeiner Relevanz mehr. Wie es zu dem tragenden Konsens des ‚CDU-Staates‘ gekommen ist, kann man gewiss nicht nur mit politischer Bildung erklären.

Strecker: Einige Ihrer Kritiker haben Unverständnis dafür geäußert, dass Sie den Preis trotz Ihrer Vorbehalte angenommen haben. Bevor wir dann zu Fragen der Politischen Theorie kommen, möchte ich Sie bitten, auch noch zu diesem Punkt Stellung zu nehmen.

Offe: Ich habe mich, wie ich gern gestehe, darüber gefreut, dass eine Reihe von mir teils bekannten, teils unbekanntem Kollegen vom Vorstand der Vereinigung den Beschluss gefasst hat, mir diese Ehrung zuteilwerden zu lassen. Das sind Leute, die ich, soweit ich sie und ihr Werk kenne, ausgesprochen schätze und die ich brüskiert hätte, wenn ich die Annahme des Preises verweigert hätte. Ich hätte mich dem Verdacht ausgesetzt, hier irgendwie eine Show aufzuführen und mein Ego in einer gespreizten und unverständlichen Weise spazieren zu führen. Das wollte ich nicht. Ich habe mich gefreut. Ich wollte niemanden brüskieren. Aber ich wollte auch nicht ungesagt lassen, was ich an Vorbehalten habe hinsichtlich der Namensgebung des Preises; diese erfolgte immerhin erst 1999.

Die Frage, ob ich die Auszeichnung annehmen soll, habe ich im Sommer 2011 außer mir selbst auch einigen befreundeten Kollegen gestellt. Deren einhelliger Rat war: „Nimm an, aber sag’ etwas dazu.“ Diesen Rat habe ich befolgt und bin eigentlich nicht unzufrieden damit. Alles andere, sowohl das Schweigen zu Eschenburg wie die Zurückweisung des Preises, wäre auf noch größeres Unverständnis gestoßen. Bei der Preisverleihung selbst waren dann vielleicht 400 bis 500 Leute im Saal, und ich kann berichten, dass der öffentliche sowie der anschließend privat geäußerte Beifall zu der Rede wie auch zu der ganzen Veranstaltung überwältigend war. Auch viele mir völlig unbekannte junge Leute haben mir gesagt: „Das finde ich richtig, wie Sie das gemacht haben.“ Das ist alles kein Argument, aber Kennzeichen einer Situation, in der Indignation und Unverständnis ein ausgesprochen minoritäres Phänomen geblieben sind.

Strecker: An dem Werk, für das Sie gerade ausgezeichnet worden sind, fällt auf, dass Sie ganz unterschiedliche sozialwissenschaftliche Ansätze kombinieren und dabei schon sehr früh neben kontinentaleuropäischen auch von angelsächsischen Traditionen Gebrauch machen. In Ihren Schriften finden sich marxistische ebenso wie funktionalistische Theoreme, Weber’sche Motive und Überlegungen der kritischen Elitentheorie, Systemtheorie und Rational Choice, Moralsoziologie neben Institutionenanalyse, empirische Sozialforschung sowie Ideengeschichte. Wie ist es zu diesem Methodenpluralismus gekommen?

Offe: Ein frohgemuter Eklektizismus, auch eine unterentwickelte Anhänglichkeit an eigene frühere Positionen und Äußerungen ergeben sich schon daraus, dass das durch den Preis ausgezeichnete Werk im Wesentlichen aus Aufsätzen besteht. Das ist eine bewusste Entscheidung. Man kann das auch als mangelnden Mut zum Risiko kritisieren. Es ist jedenfalls die Dokumentation von Lernprozessen oder laufenden Reorientierungen, sozusagen das Basteln auf weiterhin bestehenden Baustellen, zu denen sich immer wieder neue Aspekte ergeben können –, zumal dann, wenn man wie ich das Glück hatte, im Umfeld von ausgesprochen theoretischen Köpfen einem herausfordernden Lerndruck ausgesetzt zu sein.

Strecker: Welche Baustellen sind das? An welchen Denkmotiven und thematischen Interessen haben Sie festgehalten?

Offe: Zwei Angelpunkte sind da, nämlich einmal eine sozialwissenschaftlich informierte, jedenfalls nicht rein ökonomische Kapitalismustheorie und die Anknüpfung an materialistische Theorien der Gesellschaft, die ich aus Frankfurt, aber auch von den Trotzkisten, von den britischen marxistischen Historikern wie E. P. Thompson und Eric Hobsbawm und auch von den großen Juristen der Weimarer Republik, Otto Kirchheimer insbesondere, oder auch von Joseph Schumpeter und Karl Polanyi mitgenommen und abgelesen habe. Das war sozusagen als Denkmotiv immer präsent. Das zweite Zentralthema sind poli-

tische Institutionen, Konstitutionen, Demokratie, politische Herrschaft und die damit verbundenen normativen Ansprüche einer gerechten und deshalb friedlichen und letztlich dem Motiv der materiellen Freiheit verpflichteten sozialen Ordnung. Die beiden Angelpunkte sind also die (vertragliche Lohn-)Arbeit im Kapitalismus sowie sozialstaatliche Demokratie und ihre normativen Aspirationen, und ich versuche, beides in Verbindung zu bringen.

Strecker: Welche akademischen Erfahrungen und Autoren waren für Sie dabei besonders prägend?

Offe: Die beiden genannten Baustellen sind außerordentlich bevölkert. Viele Leute sind da tätig, und ich habe, vermittelt durch Anregungen, Informationen und Hinweise, die ich von meinem Freund und Lehrer und ersten Arbeitgeber Jürgen Habermas empfangen habe, doch mit einer gewissen Aufmerksamkeit rezipiert, was dazu international auf dem Markt ist, bei den Franzosen, den Engländern, den Amerikanern, den Italienern und einigen lateinamerikanischen Autoren. Viele dieser Lerngelegenheiten haben sich ‚vor Ort‘ ergeben, also im Rahmen einer etwas überbordenden Mobilität bei zahlreichen Konferenzen, Kongressen, überregionalen Kooperationen und vor allem Gastaufenthalten an Universitäten und Instituten. Im deutschen Bereich ist neben Jürgen Habermas noch der stupend produktive und rätselhafte, aber zum Teil auch mit schneidenden Evidenzen aufwartende Niklas Luhmann zu nennen, der mein Zimmernachbar in Bielefeld war und mit dem ich mich viel auseinandergesetzt habe. Viel gelernt habe ich auch von meinem Freund Ulrich Preuß als politisch ähnlich orientiertem Juristen, mit dem ich in den frühen 1960er Jahren dieses Hochschulbuch konzipiert und geschrieben habe. Wichtige Einflüsse waren zudem Leute wie Jon Elster und Steven Lukes, den Mitgliedern der URPE-Gruppe an der amerikanischen Ostküste, also der *Union for Radical Political Economics*, aber auch David Lockwood in England und in den USA Reinhard Bendix, über den man damals Weber rezipiert hat; ebenso Autoren wie Albert Hirschman, Robert Dahl, Mancur Olson und leicht zwei Dutzend anderen, mit denen ich in für mich lehrreichem Kontakt gestanden habe. Ich bin eigentlich immer auf der Suche nach Anregungen gewesen. Jon Elster hat einmal von sich gesagt, sein Name bezeichne im Deutschen einen Vogel, der von einer diebischen Sammelleidenschaft inspiriert ist, und diese Deutung finde er durchaus adäquat für sein eigenes Werk. Ich für meines im kleineren Maßstab auch.

Strecker: Worin sehen Sie die Stärken und die Schwächen solch eines ‚Elster-Ansatzes‘?

Offe: Ich denke, dass ein verbreiteter Mangel der Sozialwissenschaften darin besteht, dass zu viele Leute sich geradezu verpflichtet fühlen, auf der einmal eingeschlagenen Spur zu bleiben, und dann Identitätsbrüche erfahren, wenn sie damit nicht mehr zurechtkommen, alles mit einem ‚Ansatz‘, einer Kernformel zu erklären. Das ist bei vielen eingeschriebenen Mitgliedern marxistischer Gemeinden der Fall, und es ist bei Foucaultianern der Fall, die eingesperrt in einem intellektuellen Paradigma sind und sich dann zum Systemdenken verpflichtet fühlen, also zur erschöpfenden und systematisierenden Auskunft über alles, was in der Welt passiert.

Die Schwäche einer solchen eklektizistischen Position, wie ich sie eingenommen habe und wie man sie rückblickend wahrnimmt – es ist ja kein Vorsatz, Eklektizist zu sein, sondern das ergibt sich so –, besteht natürlich darin, dass man Gesamtaussagen und systemische Großkonstruktionen nicht hinbekommt, und das weder in normativer noch in analytischer Hinsicht. Auch wird man viel zu sehr, wie Luhmann einmal kritisch einge-

wendet hat (und was ich als Warnung nicht wirklich ernst genommen habe, aber doch respektiere), von Aktualitäten getrieben, von neu auftretenden und unerwarteten Phänomenen.

Ich erinnere mich, das war 1970/71 in Harvard, wo ich damals ein Jahr verbracht habe, dass in der deutschen Diskussion ein neuer Begriff für ein ebenso neues Phänomen aufkam, nämlich die ‚Bürgerinitiativen‘. Das war ein Nachklang der unter der Regierung der Großen Koalition und im Anschluss an studentische Protestbewegungen entstandenen ‚außerparlamentarischen Opposition‘, ein Typus von lokalen politischen Mobilisierungen, die vom ‚normalen‘ politischen Pfad der Wahlen und Parlamente, der Parteien und Verwaltungen abwichen und institutionell nicht vorgesehen waren. Ich fand es interessant, einen kleinen Aufsatz darüber zu schreiben: Was sind eigentlich Bürgerinitiativen, welche Funktionen können sie haben, aus welchen Mängeln des institutionellen Systems entstehen sie, was tun sie, wer macht da mit, was sind die typischen Themen und so weiter? ‚Bürgerinitiativen‘ waren etwas, das es 1969 noch nicht gab und über das 1971 jede zweite Zeitung berichtete. Die ganze aus den 1970er Jahren stammende ‚grüne‘ Thematik habe ich dann mit einbezogen (wie schon in einem Aufsatz von 1969 über die amerikanische Umweltbewegung und ihre Ziele), als ich mich später mit Neuen Sozialen Bewegungen beschäftigt habe. Sich ein Stück weit von Aktualitäten treiben zu lassen oder sie jedenfalls zur Kenntnis zu nehmen und mit einer gewissen Neugier zu versuchen, sie analytisch einzuordnen, das war eigentlich eine Arbeitsweise, bei der ich mich wohlgeföhlt habe.

Strecker: Wenden wir uns Ihren Schriften nun etwas detaillierter zu. Dabei fällt zunächst auf, dass Sie in Ihren frühen Texten doch so etwas wie eine ‚Großtheorie‘ oder jedenfalls gesellschaftstheoretische Überlegungen entwickelt haben und Ihre Arbeiten bis in die späten 1970er sich mehr oder weniger kohärent als Beiträge zu einer Theorie des Spätkapitalismus zusammenfügen. Bitte erläutern Sie die Grundzüge dieser Theorie und das damit verbundene Anliegen.

Offe: ‚Spätkapitalismus‘ ist ein Periodisierungsvorschlag, der in den 1920er Jahren schon Werner Sombart gebräuchlich war, dann von den Frankfurtern, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, relativ leger aufgegriffen worden ist und auf der Grundlage dieser Traditionen schließlich im Umkreis des Starnberger Instituts verwendet wurde (erst von mir, glaube ich, und dann von Habermas in dem 1973er Bändchen über *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*). Fallengelassen worden ist er dann relativ geräuschlos, weil der Begriff die Suggestion zu enthalten schien, der Kapitalismus komme bald an ein Ende, obwohl der Wortgebrauch und die Semantik ja nicht ausschließen, dass damit ein Dauerzustand eines politisch-ökonomischen Systems gemeint ist, dessen empirische Dynamik und moralische Plausibilität sozusagen erloschen sind.

Was wir im Auge hatten, war der zeitgenössische Kapitalismus, der entwickelte, sozialstaatlich reglementierte, durch Staatsinterventionen wie immer unzulänglicher Art gehetzte und ‚geordnete‘ Kapitalismus. Das analytische Gerüst war in aller Schlichtheit eines, das sich auch heute noch ganz gut verwenden lässt. Der ‚kapitalistische Staat‘ im demokratischen Kapitalismus ist ein Komplex von Institutionen, in dem drei Triebkräfte wirksam sind: Zum einen die ‚stummen‘ *Erfordernisse* von Akkumulation, Wachstum, Beschäftigung; zum zweiten die manchmal durchaus lautstarken *Forderungen* von zivilgesellschaftlichen Akteuren aller Art, die sich auf politisch vermittelte Sicherheit, Gerechtigkeit und materielle Freiheit richten; und drittens (im Anschluss an Rudolf Hilferding)

das ‚Interesse des Staates an sich selbst‘, der Erhaltung seiner eigenen fiskalischen und organisatorischen Handlungsfähigkeit, die von der Spannung zwischen ‚Erfordernissen‘ von Akkumulation und Wachstum und ‚Forderungen‘ aller Arten von politischen Akteuren ständig aufgerieben zu werden droht. Was die verschiedenen Studien dann zusammenhielt, waren also analytische Anstrengungen, das Augenmerk auf die Gebrechlichkeit beziehungsweise Zerbrechlichkeit einer hybriden, auf Kreuzungen von verschiedenen Elementen beruhenden Ordnung zu lenken. Sehr inspiriert hat mich in diesem Zusammenhang das *fiscal crisis*-Argument von James O’Connor, mit dem ich schon 1969 in Berkeley viel diskutiert habe und der damals kurz davor war, sein Buch über *The Fiscal Crisis of the State* zu veröffentlichen, das so viele heute aktuelle Anknüpfungspunkte enthält. Über die unbewältigte Krisenhaftigkeit einer Ökonomie, die vermeintlich unter politischer Aufsicht steht, in Wahrheit aber die staatliche Politik über deren fiskalisches Eigeninteresse und unter dem scheinselfverständlichen Imperativ der ‚Vollbeschäftigung‘ steuert – über die braucht man ja heute kein Wort mehr zu verlieren. Staatsintervention, Sozialstaat und *Keynesian Welfare State* sind in Wahrheit nichts so Krisenfreies, Dauerhaftes, Harmonisierbares, wie es den Anschein haben sollte – einen Anschein, den sämtliche politischen Parteien zu bekräftigen versuchten. Das ist die erste These.

Aber neben dieser inhärenten Krisenhaftigkeit ist hier auch eine ebenfalls inhärente Konflikthaftigkeit zu erwähnen, also die Vorstellung, dass die repräsentative Demokratie vielleicht doch kein geeignetes und dauerhaft funktionsfähiges institutionelles Arrangement ist, um die in der Gesellschaft entstehenden und mehr als ephemeren Konflikte zu bewältigen und in eine stabile Gleichgewichtssituation einzubinden, in eine soziale ‚Ordnung‘, die diesen Namen verdient, weil sie mit elementaren Gerechtigkeitsvorstellungen im Einklang steht. Krise und Konflikt sind die beiden Zentralbegriffe, die gesellschaftstheoretisch in einen Zusammenhang zu bringen sind. Ich habe mich deswegen bemüht, die weniger sichtbaren, gleichsam unter der Oberfläche schlummernden Konfliktpotenziale und unerfüllten Ansprüche von Teilen der Bevölkerung irgendwie begrifflich in den Blick zu bekommen. Sehr interessiert habe ich mich damals für die einflussreichen Einwände von Peter Bachrach und Morton S. Baratz sowie später von Matthew Crenson gegen die Lobpreisungen der ‚pluralistischen Demokratie‘ seitens der politikwissenschaftlichen ‚herrschenden Lehre‘ der fünfziger und frühen sechziger Jahre (Lipset, Dahl). Während die Krisenthematik eher mit der Organisation der Ökonomie, konkret des Arbeitsmarktes, verbunden ist, geht es bei der Konfliktthematik eher um das politische System oder, bei Habermas vor allem, um abweichende Motivbildungen und Legitimationsansprüche. So habe ich versucht, das gedanklich zusammenzubauen – sicher belehrt und inspiriert durch die Lektüre der ‚Weimarer Juristen‘ (Neumann, Kirchheimer, Fraenkel, Heller), aber ohne daraus eine prognostisch ambitionierte Theorie über ‚den‘ Spätkapitalismus machen zu wollen. Aber Anhaltspunkte für eine skeptische Sicht auf die Bestandsfähigkeit der gegenwärtigen Ordnung, also die einer kapitalistischen Demokratie mit sozialstaatlichem Gerechtigkeitsanspruch, haben wir damals immerhin erarbeitet. Das war nicht nur für mich ein Leitthema.

Wenn man das so abstrakt fasst, gibt es doch eine gewisse Kontinuität über den Eklektizismus und die Aktualitäten hinaus: Soziale Konflikte (die nicht allein oder auch nur vornehmlich Klassenkonflikte sein müssen), Krise, Kapitalismus, Demokratie, Bestandsfähigkeit versus Veränderung, Tendenzen der Selbstsubversion. Die plötzliche Implosion eines obsoleten Gesellschaftssystems ist ja eine Eventualität, die auch auf unserer Seite des ehemaligen Eisernen Vorhangs keineswegs auszuschließen ist – nur dass es mangels

eines rettenden ‚anderen Ufers‘ einen ganz anderen Verlauf nehmen würde, vermutlich einen weniger erfreulichen und wünschenswerten. In diesem Punkte sehe ich mich ganz in Übereinstimmung mit Wolfgang Schäuble. Dieser erklärt in einem SZ-Interview (vom 11. 4. 2013): „Würden wir noch einmal eine Krise bekommen wie 2008, dann stünde nicht nur die marktwirtschaftliche Ordnung auf dem Spiel, sondern die gesamte Gesellschaftsform der westlichen Demokratie.“ Was ist das anderes als ein Bekenntnis angstschlotternder Machtlosigkeit? Zumal ja die ‚Krise von 2008‘ schwerlich schon als eine abgeschlossene und überwundene Angelegenheit missdeutet werden kann.

Wenn in einem EU-Mitgliedsstaat 27 Prozent der Arbeit suchenden Bevölkerung keine findet (und 55 Prozent der Jugendlichen), wenn dort das Bankensystem ruiniert, der öffentliche Haushalt durch externen Druck zur Austerität genötigt und überdies durch Schuldendienste so ausgezehrt ist, dass sich Hoffnungen auf beschäftigungsschaffendes Wachstum von selbst verbieten (die Rede ist von Spanien im Frühjahr 2013), dann besteht wohl aller Anlass, mit Entwicklungen und Ereignissen zu rechnen, die vollkommen außerhalb des gestern noch für möglich gehaltenen Bereiches liegen. Phänomene wie die rund ums gesamte Mittelmeer im Jahr 2011 aufgetretenen Protestbewegungen mit dem zentralen Wort ‚Würde‘, das in Ägypten wie in Tel Aviv wie in Madrid das Schlüsselwort ist, und auch *Occupy Wallstreet* und so weiter sind Symptome einer überzeugenden, glaubwürdigen und folgenreichen Verneinung der Frage, ob dieses System als eines anerkannt zu werden verdient, das die Qualität einer (wie auch immer verstandenen) sozialen Ordnung aufweist. Selbst wenn die Leute nicht ‚gegen das System‘ sind, bleibt unverkennbar, dass das System ‚gegen die Leute‘ ist.

Strecker: Bleiben wir noch einen Moment bei der Spätkapitalismustheorie. Ihre damalige Annahme, der Staat könne die Krisenhaftigkeit einer auf privater Investitionshoheit beruhenden Ökonomie nur durch solche Interventionen in das Wirtschaftssystem abfedern, die aufgrund ihrer ungerechten Verteilungseffekte politische Legitimationskrisen zur Folge hätten, hat Jürgen Habermas in *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* kritisch weiterentwickelt: Mit Legitimationskrisen sei nur zu rechnen, wenn sich die Handlungsmotivationen der Gesellschaftsmitglieder gegenüber politischen und ideologischen Zugriffen als eigensinnig behaupten. Habermas hat später mit der Kolonialisierungsthese zwar eine Erklärung dafür entwickelt, warum Legitimationskrisen dennoch nicht notwendig auftreten müssen, im Gegensatz zu Ihnen jedoch intrinsische Schranken der Formbarkeit von Motiven gesehen.

Offe: „Es gibt keine administrative Erzeugung von Sinn.“ Das ist der zentrale Satz in *Legitimationsprobleme*. Habermas hat das damals mit bildungspolitischen Entwicklungen in Zusammenhang gebracht, die in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen. Bei Lawrence Kohlberg hat er dafür eine Entwicklungstheorie gefunden, mit der ich selbst, mangels einschlägiger Vorbildung, nie viel anfangen konnte.

Strecker: Sie haben die Anfälligkeit subjektiver Überzeugungen und Handlungsorientierungen für politische Übermächtigungen und ideologische Durchdringungen also weitaus höher eingeschätzt?

Offe: Es gibt Grenzen der Gleichschaltbarkeit, der Funktionalisierung von Personen und ihren Handlungsmotiven. An dieser Intuition würde ich gern auch angesichts von Industriearbeitern aus dem amerikanischen Süden festhalten, für die das politische Hauptproblem nicht Arbeitsplatzverlust und Reallohn-Stagnation ist, sondern die gottlose Bereitschaft

der regierenden ‚liberals‘, das Verbot der gleichgeschlechtlichen Eheschließung aus dem Gesetzbuch zu streichen. Aber es ging mir auch um das negative Motiv der Weigerung, eingelebte Ansprüche auf Prosperität und soziale Sicherheit zur Disposition stellen zu lassen und sich mit systemproduzierten Enttäuschungen abzufinden. Heute sind zum Beispiel die Erwartungen und Normalitätsvorstellungen, dass man mit 30 Jahren einen Job hat, der eine gewisse Sicherheit verschafft, dass man diesen Job auch behält oder sogar aufsteigt, wenn man sich hinreichend anstrengt, und dass man mit 65 in Rente gehen kann, außer Kraft gesetzt. In der Situation meiner Kinder, also der ‚Generation Praktikum‘, muss ein unbefristetes Arbeitsverhältnis mit auskömmlicher Bezahlung geradezu als glücklicher Ausnahmefall erscheinen. Wenn das, was mal war, plötzlich nicht mehr gilt, wird unsere Lebensplanung zur Disposition gestellt. Meine Vermutung ist, dass diese Erfahrung von ‚Prekarität‘, von allseitiger Verunsicherung, Kontingenz und Deinstitutionalisierung ein Konfliktpotenzial anhäuft, das zumindest zum Zynismus, wenn nicht zur aktiven Infragestellung der institutionellen Grundlagen dieses politisch-ökonomischen Systems führen kann.

Strecker: Haben Sie die Differenzen zwischen den spätkapitalismustheoretischen Ansätzen von Ihnen und Habermas damals diskutiert?

Offe: Habermas hat dazu ja in einer Fußnote gegen Ende von *Legitimationsprobleme* Stellung genommen. Ich glaube – das äußere ich zum ersten Mal, aber gedacht habe ich mir das schon öfters –, mein leicht besorgter Chef hat, nachdem ich die *Strukturprobleme* mit einem gewissen Aufmerksamkeitserfolg veröffentlicht hatte, gedacht, dass schon zur Erhaltung der Reputation des damals noch jungen Instituts, das er in Starnberg mit Weizsäcker gegründet hat, dieser frohgemute Voluntarismus und die unzulängliche sozialpsychologische und sozialphilosophische Begründung dessen, was der Offe da geschrieben hat, ein bisschen zurechtgerückt werden müssen. Darüber haben wir auch viele Diskussionen gehabt, wohlwollend kritische bis freundschaftliche.

Dennoch waren wir relativ weit voneinander entfernt. Er hat außerhalb der institutsöffentlichen Kommunikationen sein Weber-Buch geschrieben und war insofern auf einen anderen Planeten unterwegs, während wir uns mit der Rolle der Bauindustrie für die Stabilisierung der Ökonomie, also mit öffentlichen Auftraggebern, mit Straßen- und Brückenbau, mit Verkehrsinfrastruktur und so weiter, beschäftigt haben. Aber wir hatten immer einen intensiven intellektuellen Austausch, bis ich dann Anfang 1975 nach Bielefeld gegangen bin.

Sehr fokussierte Auseinandersetzungen dazu, wonach Sie fragen, hat es also nicht gegeben, sondern sehr wohlwollende, wenn auch grundsätzliche Kritik derart, dass ich zumindest damals für die Analyse von Prozessen der Normbildung weniger Sinn hatte als er. Habermas hat sich damals viel mit der Entwicklung des moralischen Bewusstseins und ähnlichen Fragestellungen beschäftigt, mit Lawrence Kohlberg und Jean Piaget. Ich wusste, dass es das gibt, und hatte mir das auch gelegentlich, aufsatzweise, angeeignet, habe es aber nie aktiv in meine eigenen Überlegungen und Arbeiten inkorporiert. Das war ein Fehler. Ich habe auch Foucault erst später gelesen.

Strecker: Wie schätzen Sie die Frage der Formbarkeit von Motiven heute ein? Wie überzeugend finden Sie in diesem Zusammenhang gouvernementalitätstheoretische Analysen zu neoliberalen Subjektivierungsformen? Lässt sich auf dieser Linie eine Lücke füllen, die sich mit der Habermas'schen Weiterentwicklung der Spätkapitalismustheorie ergeben

hat? Diese führt ja in die Alternative, dass entweder im Zuge einer keynesianischen Konjunktursteuerung bürokratische Übergriffe unsere Autonomie bedrohen, das ist der Fall der Kolonialisierung, oder aber eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik Klassenkonflikte klassischer Prägung provoziert. Was wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, ist stattdessen die Gleichzeitigkeit von ökonomischer Deregulierung und kolonialisierenden Aktivierungsprogrammen. Lässt sich das nicht eher auf der Linie ‚Formbarkeit von Motiven‘, wie bei Ihnen, in Fortsetzung mit foucaultianischen Annahmen beschreiben?

Offe: Ich sehe das und verfolge auch mit Interesse, was Sie und auch Stephan Lessenich daraus machen und was Nikolas Rose dazu schreibt, also die Machtausübung im Kern der Subjektivität, durch die die Leute sozusagen auf eine Mentalität und einen Funktionsmodus umgestellt werden, der die reibungslose Hinnahme der übelsten Zumutungen, die Selbstzuschreibung von Enttäuschungen verlangt und konditioniert. Wenn wir aber ein totalisierendes, geschlossenes, auf den Kern der Subjektivität uneingeschränkt zugriffsfähiges Konzept der Macht übernehmen, dann wird die Sache uninteressant – einfach deshalb, weil Phänomene wie Konflikt, Widerstand und Befreiung kategorial abgewertet werden.

Zu den relativ kontingenten Bildungserlebnissen, die ich dazu gehabt habe, gehört eine Foucault-Kritik von Clifford Geertz, die 1978 in der *New York Review of Books* erschienen ist. In der *Stir Crazy* betitelten Rezension von *Überwachen und Strafen* stellt Geertz die Frage, ob in der Suggestion einer, im Frankfurter Jargon gesprochen, total verwalteten Welt nicht ein Element von hintergründigem Einverständnis liegt: Es gibt dann keine andere Welt mehr als diese durch Gouvernamentalität regierte. Müssen wir uns also damit abfinden und müssen allenfalls mit verstreuten Äußerungen oppositionellen Willens, mit gelegentlichen Zusammenstößen rechnen? Ich weiß, dass dieses Foucault-Bild umstritten ist. Aber ich stimme mit Geertz darin überein, dass dies jedenfalls zu wenig wäre. Eine kritische Theorie der gegenwärtigen Welt muss in der Lage sein, auf nicht nur private, belanglose, folgenlose Störeffekte hinzuweisen, sondern die Opposition im Entstehen zu charakterisieren und zu identifizieren und zur Selbstaufklärung derselben beizutragen.

Darüber habe ich viel mit dem Foucaultianer Barry Hindess in Australien diskutiert. Er gab mir dann die Auskunft, unsere Zeit sei nicht mehr für Revolutionen gemacht. Nicht, dass ich das Gegenteil behaupten wollte. Aber die Geschichte ist weder im einen noch im anderen Sinne zu Ende. Ich finde die Behauptung, sie sei es, nicht überzeugend, weder bei Francis Fukuyama, der nun auch stilisiert wird und seine These längst revoziert hat, noch bei Michel Foucault, der ebenfalls eine *End of History*-Botschaft hat. In den Künsten, aber auch in den sozialen Bewegungen sehen wir doch viele Symptome dafür, dass die Fügsamkeit der Leute ihre Grenzen hat, dass die Gouvernamentalität keine perfekte und durchgreifende ist und dass die systemkonforme Aktivierung der Arbeitskraft, aber auch der Motive der Leute durch Konsumismus und so weiter keine wirklich geschlossene ist. Am wenigsten dann, wenn die Eliten selbst in der Krisendiagnose übereinstimmen – in der Anerkennung des Umstands also, dass es ‚so nicht weitergehen kann‘.

Ich habe gelegentlich bereut, dass ich ein Interesse nie systematisch verfolgt habe, nämlich das Interesse an der Sphäre des Konsums, und dort insbesondere an der Differenz zwischen *needs* und *desires*, zwischen dem, was ich brauche, und dem, was ich gerne hätte. Ich hatte einmal vor zu untersuchen und zu verstehen, wie eine Ökonomie funktioniert, die auf Gedeih und Verderb von den *desires* abhängt, weil die bloße Erfüllung von *needs* lächerlich unrentabel geworden ist. *Needs* und der *basic needs approach* sind etwas für

die Dritte Welt, *desire* ist alles! Aber *desires* lassen sich nicht beliebig vervielfältigen, und zu Recht findet heute in der Forschung über Formen politischer Partizipation eine neuartige unter ihnen Berücksichtigung, nämlich Partizipation durch *critical consumption*. Man braucht ja keineswegs von protestantisch-asketischer Lustfeindschaft getrieben zu sein, um sich die Frage zu stellen, ob wir das wirklich alles brauchen oder auch nur für wünschenswert halten sollten, was uns da angeboten wird. Amitai Etzioni hat kürzlich einmal, ähnlich wie Reinhard Loske oder Harald Welzer bei uns, für die Notwendigkeit deliberativer Operationen bei der Beantwortung dieser Frage plädiert. Überzeugend finde ich auch die am Verhältnis von Eigenheimbesitzern und Mietern demonstrierte These, dass es unserer Art von Kapitalismus gelungen sei, Klassenbildungskonflikte von der Produktionssphäre in die Konsumsphäre zu verschieben. Ich kenne Leute, die wirtschaftlich allen Grund hätten, bei Aldi einzukaufen, aber sich davor fürchten, dort gesehen zu werden, weil sie sich der Klasse der Boutiquen-Klientel zurechnen – eine Selbststilisierung, die ihnen die mitgeführte Kreditkarte ja auch (bis auf weiteres) gestattet. Heute kauft man sich keine Klamotten, sondern Identitäten. Das sind alles Splitter zur Sphäre des Konsums, die ich nie richtig so gut zusammenbekommen habe, wie das Wolfgang Streeck in einem jüngeren Aufsatz gelungen ist.

Strecker: Sie haben sich wiederholt kritisch gegenüber Ihren Arbeiten zur Spätkapitalismustheorie geäußert und in Ihrer nunmehr in der *Politischen Vierteljahresschrift* abgedruckten Preisrede von „überambitionierten oder untersubstantiierten Behauptungen“ gesprochen. Bitte führen Sie das doch etwas genauer aus?

Offe: In Starnberg wurde ja allen Ernstes und gleichsam als über der Tür als Motto eingemeißeltes Prinzip vertreten, jedenfalls für eine Weile, ehe es dann doch zum Katzenjammer kam, dass wir an Horkheimers Programm eines „interdisziplinären Materialismus“ anknüpfen und dieses mit zeitgemäßen Mitteln fortsetzen wollten. Wir waren einerseits sehr, sehr gut ausgestattet, ließen andererseits jedoch wirklich die intellektuelle Disziplin und die methodische Sorgfalt und die Kohärenz der Debatte vermissen. Das lag vielleicht auch an dem bombastischen Namen dieser Einrichtung, die sich der „Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ widmen sollte und dann bombastische Buchtitel wie *Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie* oder *Wege in die Informationsgesellschaft* oder *Atomkrieg* oder *Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung* hervorbrachte. Vielleicht war es damals so, dass man für kecke Pauschalierungen und zeitdiagnostische Provokationen mehr Kredit bekam als dafür, dass man Daten sammelte, Fallstudien anstellte, sich auf methodisch reflektierte Vergleiche einließ und sich in die Sozial- und Ideengeschichte eines Problems vertiefte. Die Selbst- und Stilkritik an einer gewissen Großspurigkeit, mit der sozialwissenschaftliche Positionen damals vertreten wurden, bezieht sich aber mehr auf deren Selbstdarbietung als auf die inhaltlichen Behauptungen, von denen ich viele, was neben anderen auch meine Person angeht, nach wie vor ganz brauchbar finde. Das Nachfolgeinstitut in Köln, das dann gegründet wurde, hat solche Fehler gottlob vermieden, und zwar ohne ambitionierte gesellschaftsdiagnostische Ansprüche aufzukündigen; dafür gebührt den Kollegen Fritz Scharpf, Renate Mayntz und insbesondere Wolfgang Streeck ein herzhaftes Kompliment. Die Details der Geschichte beider Institute sind einer lesenswerten Arbeit von Ariane Leendertz (2010) zu entnehmen.

Insofern habe ich durchaus ambivalente Erinnerungen an die Zeit am Starnberger Institut, und es war zu meinem großen Vorteil und ein glücklicher Zufall, dass ich dann 1974 auf eine Bielefelder Berufsliste geraten bin, deren ersten Platz ich dann einneh-

men konnte. Das war alles sehr überraschend. Ich bin dann im Februar 1975 nach Bielefeld gegangen und habe da sozusagen auf eigene Rechnung gearbeitet. Der Nutzen der akademischen Lehre ist ja gar nicht zu überschätzen. Die Lehre setzt einen ständig der Eventualität aus, dass irgendein intelligenter Student, von denen ich viele hatte, der eigenen intellektuellen Blasenbildung ein Ende bereitet.

Strecker: Das bezieht sich alles auf den institutionellen Kontext Ihrer damaligen Arbeit. Gerade mit Blick auf jüngere Aktualisierungsversuche Ihrer frühen Überlegungen wie zum Beispiel von Stephan Lessenich möchte ich Sie bitten, auch die inhaltlichen Probleme zu erläutern, welche Sie bewogen haben, die Spätkapitalismustheorie gewissermaßen fallenzulassen.

Offe: Damals glaubten wir, uns die empirische Ausarbeitung und die theoretische Vernetzung mit anderen Begriffen und einer Gegenposition ersparen zu können. Spuren dieser luxurierenden Spekulationen tragen diese Texte auch bei heutiger Betrachtung. Das hat offenbar auch für heutige Leser noch einen gewissen Reiz. Einige der vorhin erläuterten Annahmen über Krise und Konflikt, über Politik und Ökonomie sind tatsächlich rote Fäden, die sich durchziehen, aber die Textur war allzu locker. Die Hintergrundintuition war, dass die nationale Staatsgewalt in der Lage sein werde, das destruktive Potenzial ökonomischer Naturgewalten wirksam stillzustellen, und dass der demokratische politische Prozess im Verein mit sozialen Bewegungen in der Lage sein würde, weitergehende Ansprüche als die der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit hervorzutreiben. Solche Intuitionen und Erwartungen wirken heute bestenfalls befremdlich. Ich habe damals, zusammen mit Habermas und auch alleine, in der Grundwertediskussion der Sozialdemokratie (der ich nie angehört habe) und in verschiedenen Bonner Zirkeln gesessen und an den Debatten über Reformpolitik teilgenommen. Da wurde mir schon klar, dass man den Orientierungsrahmen 1985, ein Langzeitprogramm der SPD, das damals für die nächsten zehn Jahre aufgestellt wurde, in einer durch politische und ökonomische Sachkenntnisse bereicherten und sehr viel sorgfältigeren Weise hätte angehen und kritisieren müssen, als wir damals in der Lage gewesen waren, es zu tun. Ohne dass ich meine damaligen Behauptungen pauschal revozieren möchte, erscheint es mir rückblickend doch so, dass ich in dieser Situation nicht genug gefordert war. Das hat sich in Bielefeld dann gebessert.

Strecker: Die große Aufmerksamkeit, die der Spätkapitalismustheorie damals zuteilwurde, dürfte auch mit deren Anspruch zu tun haben, gesellschaftliche Gesamtzusammenhänge verständlich zu machen. Als Sie die Spätkapitalismustheorie hinter sich gelassen hatten, hatte sich in den Sozialwissenschaften insgesamt ein Trend weg von Großtheorien durchgesetzt. Dies mündete später darin, anstelle ‚des‘ Kapitalismus *varieties of capitalism* zu analysieren. Und um den Begriff der Krise machte schließlich besser einen Bogen, wer seinen akademischen Ruf nicht leichtfertig aufs Spiel setzen wollte. Angesichts der Verwerfungen, die gegenwärtig von den entfesselten Finanzmärkten ausgehen, hat sich der Wind gedreht. So fordert etwa Nancy Fraser heute wieder Theorien großer Reichweite, die ‚den‘ Kapitalismus krisentheoretisch in den Blick nehmen. Inwiefern teilen Sie diese Auffassung? Auf welche Theorieansätze könnte und müsste sich ein solches Projekt heute stützen? Welche konzeptuellen Mittel wären sowohl der gesellschaftlichen Komplexität als auch der Kontingenz politischen Handelns angemessen und würden gleichwohl eine Analyse struktureller Entwicklungen erlauben, die gesamtgesellschaftlich folgenreiche politische Kämpfe veranlassen?

Offe: Es gibt heute sehr vielversprechende und wirklich neue Versuche, das zu tun. Diese Ansätze gehen aus einer Revitalisierung der politischen Ökonomie als Wissenschaft beziehungsweise einer auf hohem Niveau geführten Selbstkritik der liberalen oder neoliberalen Ökonomie hervor. Leute wie Joseph Stiglitz, Paul Krugman und Amartya Sen sind Beispiele dafür, dass die Wirtschaftswissenschaft gewahrt wird, dass sie etwas vergessen hat, nämlich das Problem sozialer Ordnung und die normativen Fragen, die durch Marktgleichgewichte nicht zu beantworten sind.

Einer der einflussreichsten Denker auf diesem Gebiet für mein eigenes Werk, auch ein verehrter akademischer Lehrer und Freund, war Albert Hirschman mit seiner Konzeption des *possibilism*: Wir müssen unsere Gegenwart auf Möglichkeiten hin ableuchten, um zu sehen, was die von Ihnen erwähnte Kontingenz von Krisen und Konflikt bedeutet. Was diese neuen Konstellationen, in denen wir leben, angeht, sind doch zumindest einige der aufgeklärten Ökonomen sozialwissenschaftlich sehr anregend. Kein seriöser Sozialwissenschaftler sollte heute darum herumkommen, sich gründlich mit Fragen des internationalen Handels und seiner sozialen Konsequenzen zu beschäftigen (von David Ricardo [1817] bis Dani Rodrik [2010]); und auch nicht darum, sich über so rätselhafte Dinge wie Geld, Banken, Kredit, Schulden und Finanzialisierung halbwegs gesicherte Vorstellungen zu machen.

Ein Beispiel für eine von Ökonomen angestoßene Diskussion, an der Soziologen, Politikwissenschaftler und Philosophen bestenfalls nachfolgend Anteil haben, ist die *Beyond GDP*-Debatte, zu der in Jena jetzt unter dem Begriff der ‚Postwachstumsgesellschaften‘ gearbeitet wird: Neuere, hochsolide und äußerst einflussreiche, auf die Titelseiten verschiedener Tageszeitungen durchschlagende Überlegungen laufen darauf hinaus, dass wirtschaftliches Wachstum ein welthistorisches Minutenphänomen gewesen ist, das am Ende des 18. Jahrhunderts in Großbritannien und in seinen Kolonien eingesetzt hatte, insbesondere in Nordamerika, und das Mitte des 21. Jahrhunderts, jedenfalls in der früher so genannten westlichen Welt, aufhören wird; an den Rändern, der BRIC-Welt und etwas darüber hinaus, geht das noch ein Jahrhundert weiter, und dann endet dieses Zeitalter einfach, wie Max Weber das schon vor über 100 Jahren in der *Protestantischen Ethik* geschrieben hat, wenn die letzte Tonne fossiler Brennstoffe ‚verglüht‘ ist. Diese Vorstellung, dass ein Arrangement sich verbraucht, weil seine Grundlagen sich verbrauchen, und zwar seine kulturellen und moralischen wie seine physischen Grundlagen, kann heute ein ziemlich umfangreiches Theoriegebäude inspirieren.

Es funktioniert nicht mehr, es wird aber auch nicht mehr akzeptiert; es geht also in Krisen und Konflikten unter, das heißt, um mit David Lockwood zu sprechen, sowohl die Systemintegration wie die Sozialintegration scheitern. System und Lebenswelt unterliegen einer Herausforderung, deren Größenordnung und deren Folgen uns noch nicht annähernd klar sind. Aber eine solche Fragestellung wird heute nicht mehr nur von den Marxisten, sondern von den Dissidenten der etablierten herrschenden Lehre entwickelt. Ich finde es spannend, was da sowohl an kritischen Infragestellungen wie auch an politischen Vorschlägen kommt. Insofern leben wir in einer Zeit, in der eine stürmische Entwicklung von analytischen und normativen Neuigkeiten die Szene beherrscht. Unter Bedingungen der Normalität haben solide, neue, ernsthafte, plausible Gedanken es schwer. Unter Bedingungen von Krisen und Konflikten beziehungsweise absehbaren Funktionsstörungen hat sich die theoretische Produktivität sprunghaft erhöht.

Wir haben im letzten Quartal des 20. Jahrhunderts mit dem Neoliberalismus, also *Thatcherism*, *Reagonomics*, *Washington Consensus*, mit dem Ende des Kalten Krieges, mit 9/11 und so weiter eine Entwicklung erlebt, die ein intellektuelles und politisch-

normatives Trümmerfeld hinterlassen hat, das wir jetzt wegräumen und irgendwie neu zu strukturieren versuchen. Daran sind alle Sozialwissenschaften, aber insbesondere auch die Ökonomie, beteiligt. Die gewaltige Polarisierung innerhalb der Profession, in der, um es zu überspitzen, fünfzig Prozent der Leute die anderen fünfzig Prozent für charakterlose Idioten halten, ist gut für die intellektuelle Fortentwicklung einer Disziplin und der Sozialwissenschaften insgesamt. Früher, unter Bedingungen der Normalität, gab es einen Klassikerbestand, den lernte man, dann machte man die dazugehörige Empirie, und dann war nach den Maßstäben der Professionalität alles in Ordnung. Heute gibt es in den Sozialwissenschaften Frontverläufe, über die hinweg keine Verständigung möglich ist. Das sind noch keine Debatten, aber fruchtbare Entzweigungen.

Strecker: Und solche produktiven Differenzen sehen Sie gegenwärtig auch innerhalb der VWL beziehungsweise Makroökonomie?

Offe: Aber sicher. Mulmige Gefühle haben viele, und es gibt auch diese Starkkonvertiten wie Stiglitz oder Sachs. Paul Krugman hat das einmal für die USA geographisch dargestellt: Die ökonomische Rechte residiert im Mittleren Westen (Schwerpunkt Chicago) und die ‚liberals‘ (also die Sozialdemokraten) an beiden Küsten. Letztere machen klar, dass das inzwischen erreichte Maß der sozialen Ungleichheit bei der Vermögens- und Einkommensverteilung extrem ineffizient ist, weil es Kosten verursacht, die auf kein bekanntes Konto verbucht und niemandem ursächlich zugeschrieben werden können und gleichwohl verheerend sind. Die ganzen Debatten über Inklusion und Kohärenz und Integration betreffen wirtschaftspolitisch unbewältigte Probleme, unberücksichtigte ‚externe Effekte‘ des Marktgeschehens.

Hierzulande finde ich zum Beispiel sehr ermutigend, was ein Konvertit wie Meinhard Miegel so macht, einst Topintellektueller der CDU. Und auch das Jenaer Kolleg *Postwachstumsgesellschaften*, ein großes Projekt der DFG, gehört in diesen Zusammenhang. Das sind alles Versuche, neue Vorstellungen von einer funktionsfähigen und zugleich normativ halbwegs plausiblen sozialen Ordnung zu konzipieren. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Bundestags-Enquete-Kommission über Wachstum (zum Beispiel die zwischen den Professoren Loske und Paqué) sind ja ebenfalls von erfreulicher Grundsätzlichkeit.

Strecker: Seit den 1980ern haben Sie in einigen Aufsätzen den Fokus auf die Bewahrung bestehender gesellschaftlicher Standards und die Gewährleistung zivilisatorischer Minima gelenkt. Hinsichtlich der heutigen Entkopplung des Reformbegriffs von dem des Fortschritts mag dies weitsichtig erscheinen; vor dem Hintergrund Ihrer frühen kapitalismuskritischen Arbeiten könnte es aber auch als ‚konservative Wende‘ gedeutet werden. Inwiefern bilden die *Null-Option* und *Fessel und Bremse* Bestandteile eines politischen Fortschrittsprojekts?

Offe: Seit meiner Diplomarbeit von 1964 ist für mich der Institutionenbegriff eine wiederkehrende Herausforderung gewesen. Institutionen im Sinne von Arnold Gehlen, Helmut Schelsky oder Sigmund Freud (*Unbehagen...*) sind Arrangements der Disziplinierung, der Repression, der verschleierte Machtausübung, der sozialen Kontrolle. Institutionen sind zunächst kategorial freiheitswidrige Erfindungen. Gleichzeitig sind sie ganz unverzichtbare Bedingungen einer zivilisierten Lebensführung und sozialer Ordnung. Was sollte an dieser Einsicht besonders ‚konservativ‘ sein? Diese Ambivalenz beziehungsweise Doppelseitigkeit von Institutionen hat Stephen Holmes schön auf den Begriff gebracht: Institutionen sind wie die Schwerkraft, sie hindern uns am Fliegen, aber erlau-

ben uns, aufrecht zu gehen. Höhnisch titelt Gehlen: „Über die Geburt der Freiheit aus der Entfremdung“, weil ihm *jede* Art von institutioneller Domestizierung recht und willkommen ist, solange sie nur die „fürchterliche Natürlichkeit“ der Menschen in Schach zu halten in der Lage ist. Dagegen besteht die Ambition eines aufgeklärten und kritischen Institutionalismus darin, Institutionen am doppelten Maßstab einer ihnen eigenen ‚Vernünftigkeit‘ zu prüfen: Sie müssen in einer für alle Beteiligten einsehbaren Weise *begründbar* sein und zugleich den *anhaltenden* Vernunftgebrauch der Beteiligten ermutigen, zumindest erlauben. Institutionen, die diesem doppelten Kriterium standhalten, verdienen es dann durchaus als eine Errungenschaft, ‚konserviert‘, das heißt, gegen die anarchisch-libertären Mahlströme von Postmodernismus und Neoliberalismus verteidigt zu werden. In diesem Sinne habe ich mich in *Fessel und Bremse* und anderen Aufsätzen mit Arrangements vernünftiger Selbstbeschränkung beschäftigt, wobei ich den ‚verfassungssoziologischen‘ Arbeiten von Jon Elster wichtige Anregungen verdanke. Welche Institutionen geeignet sind, eine universell einsehbare und zugleich bestands- und entwicklungsfähige Art von ‚sozialer Ordnung‘ zu stützen und welche Institutionen diesen anspruchsvollen Maßstäben aus welchen Gründen nicht genügen – diese Frage könnte man meines Erachtens geradezu zu einer Leitfrage der Sozialwissenschaften erklären. Konservativ ist dabei der Gedanke, dass wir die Institutionen nicht einfach in anarchisierender Weise geringschätzen dürfen. Durchaus *nicht* konservativ ist der Vorbehalt, dass nur die ‚richtigen‘, das heißt ausweisbar vernünftigen und den Vernunftgebrauch ermutigenden, Institutionen jenen Respekt verdienen. Institutionenverteidigung und Institutionenkritik sind zwei Seiten desselben gedanklichen Unternehmens.

Strecker: Sie haben wiederholt behauptet, der Wert sozialwissenschaftlicher Arbeit bemesse sich in erster Linie an ihrem Beitrag zu den zentralen normativen beziehungsweise praktischen Diskursen einer Gesellschaft. Wie stellen Sie sich dabei das Verhältnis zwischen der sozialwissenschaftlichen Analyse von Wirkungszusammenhängen und normativen Argumentationen im Einzelnen vor?

Offe: Sozialwissenschaften können die Mängel von Institutionen identifizieren und dadurch die Dringlichkeit von institutionellen Innovationen plausibel machen, ohne die Antwort auf die so gestellte Frage mit eigener Autorität geben zu können. Sie können aber Vorschläge machen und beobachten, welche dieser Vorschläge bei wem auf fruchtbaren Boden fallen und welche als eine Professorenspinnerei marginalisiert werden.

Ich kann das an einem Beispiel machen: Arbeitnehmerinteressen setzen sich aus einem magischen Dreieck zusammen, nämlich der Höhe des Lohns, der Qualität der Arbeitsbedingungen und dem Niveau der Arbeitsnachfrage, also dem Niveau der Beschäftigung. Für zwei dieser Interessen existieren Verhandlungssysteme, in denen sie kleingearbeitet und auf gleitende Kompromisse geführt werden können. Es gibt Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, in denen es im Wesentlichen um die Entgeltung der Arbeitsleistung geht, und es gibt im deutschen dualen System betriebliche Interessenvertretungen, Betriebsräte, in denen über Personalfragen und Arbeitszeitregimes und andere Elemente der qualitativen Bedingungen der Arbeit gestritten, verhandelt und beschlossen wird. Es gibt aber kein Verhandlungssystem für das Beschäftigungsniveau und damit die Arbeitsplatzsicherheit, wenn man einmal von den durch Eigentums- und Direktionsrechte beschränkten Einrichtungen und Verfahren der staatlichen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik absieht. Das Niveau der Beschäftigung bleibt dabei aggregiertes Resultat vieler Einzelentscheidungen von Arbeitgebern, eine den Naturge-

walten der Arbeits- und anderen Märkte ausgesetzte Residualgröße und nicht (oder allenfalls indirekt) Gegenstand kollektiver Verhandlungen. Insofern kann man hier eine institutionelle Lücke, eine Leerstelle im System der Lohnarbeit konstatieren, das insoweit einer Komplettierung bedarf, zumal die Ergebnisse, die in betrieblichen und tariflichen Verhandlungssystemen erzielt werden, ihrerseits durch das Marktgeschehen gesteuert sind, das sich sozusagen vor der Tür des Verhandlungssaales abspielt.

Zu diesen Fragen war Karl Polanyis *Great Transformation* sehr wichtig für mich. Die Kommodifizierung der Arbeitskraft als das entscheidende Merkmal kapitalistischer Gesellschaftsformationen, also die Allokation und Entschädigung von Arbeitskraft durch einen (Quasi-)Markt, ist keine für eine institutionell bestandsfähige Ordnungsbildung geeignete Art, die Produktion und Verteilung in modernen Gesellschaften zu regeln. Da haben wir institutionelle Defizite, die auf die Erfindung, Entwicklung und Verteidigung institutioneller Neuerungen hinauslaufen und das schleichend auch schon tun. Denn der Arbeitsmarkt ist ja ein schrumpfendes Phänomen, um den herum sich ein immer breiterer Ring von direkt politisch verfügbaren Einkommensübertragungen legt. Das ist ein sehr interessantes Phänomen. Wir sehen hier, dass die Logik des Arbeitsmarktes – man arbeitet und bekommt etwas dafür, man kann gekündigt werden oder kündigen, es gibt Kontraktfreiheit und es gibt Verhandlungsfreiheit über Löhne und Arbeitsbedingungen – versagt. In dieses selbst schon hybride System der Marktvergesellschaftung sickern unauffällig andere Logiken ein, wie es sich etwa am Vormarsch gesetzlicher Mindestlöhne zeigt. Solche hybriden Mischungen von ganz gegensätzlichen Systemen, denen von Markt, Politik und zivilgesellschaftlicher Solidarität, spielen in der Sozialpolitikforschung eine große Rolle.

Analyse und Kritik von Institutionen kann zur Identifizierung der Punkte führen, an denen einzelne institutionelle Regeln inkompatibel miteinander werden und Innovationsdruck erzeugen – ohne dass wir mit wissenschaftlichen Mitteln vorschreiben oder auch nur voraussehen könnten, wie dieses Neue aussieht. Immerhin können wir die konflikthaften Suchprozesse beschreiben und den Erfolg oder Misserfolg von Ergebnissen, zu denen sie führen. Der Arbeitsmarkt, die Beschäftigung, die Qualifikation für Beschäftigung, die zeitliche Struktur der Beschäftigung angesichts der Tatsache, dass man auch mal andere Dinge zu tun hat, als Geld zu verdienen, also *life-work-balance* – das sind alles unge löste Probleme, die institutionell notdürftig geflickt werden, bei denen aber ein enormer Bedarf an institutionellen Innovationen besteht. Die Dringlichkeit dieses Bedarfs führt dann manchmal zu Vorschlägen für ordnungspolitische Neuerungen, für deren Durchsetzbarkeit und Bewährung die Wissenschaftler keine Gewähr übernehmen können, die in die Debatte zu werfen und zu begründen gleichwohl das gute Recht (und auch die weithin geübte Praxis) der Sozialwissenschaften ist. In meinem Fall waren das Vorschläge für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, die Einführung eines ‚Startkapitals‘ für die Absolventen sekundärer Bildungsgänge, die Etablierung von Parallelwährungen, neue Messverfahren zur Bestimmung sozialen ‚Fortschritts‘ und die Institutionalisierung von Foren für deliberative politische Willensbildung.

Strecker: Lassen sich dennoch über einzelne Beispiele hinaus allgemeinere Kriterien für Fortschritt angeben? Lässt sich mit sozialwissenschaftlichen beziehungsweise sozialtheoretischen Mitteln überhaupt etwas Substanzielles zum Begriff des Fortschritts beitragen?

Offe: Fortschritt bedeutet die vorbeugende Bewältigung von Desorganisation, Prekarität und Chaotisierung von individuellen und gesellschaftlichen Lebensprozessen, von Belie-

bigkeit oder postmodernem Zynismus, also die Verhinderung von Rückschritt. Die galoppierende Unterbietung von zivilisatorischen Standards, die wir früher für normal gehalten haben, ist ja heute nicht zu übersehen. Ich glaube aber, dass wir mit Blick auf diese Probleme und institutionelle Innovationen ein generelles Muster erkennen können und über ein Modell für ihre Analyse verfügen: Wir zeigen Punkte auf, wo die Institutionen Defizite haben und Fortschritt ist die Lösung dieser Unzulänglichkeiten, die gefährlich und potenziell regressiv sind.

Alle Welt ist sich heute einig darüber, dass der Europäischen Union in ihrer institutionellen Struktur etwas fehlt. Da ist ein außerordentlich gefährliches Maß an Ungeregeltheit zu konstatieren, also an Abläufen, an deren (stets vorläufigem) Ende man allenfalls aufatmend feststellen kann, dass es in kontingenter Weise ‚noch einmal gut gegangen ist‘, ohne sich dessen im Vorhinein gewiss sein zu können. Es gibt keinen europäischen Finanzminister, aber eine einheitliche Währung, es gibt eine einheitliche Geldpolitik ohne einheitliche Fiskalpolitik. Alle Welt fragt sich heute, wie es passieren konnte, dass hier derartig sorglos und mit geradezu frivoler Waghalsigkeit eine institutionelle Konstruktion adoptiert worden ist, die sich, wie man hätte wissen können, als unzulänglich funktionsfähig und ‚resilient‘ (wie man heute sagt) erweisen würde. Das permanente Grundlagenproblem der Sozialwissenschaft besteht darin, institutionelle Ordnungen zu diagnostizieren und die Punkte zu zeigen, an denen institutionelle Ordnungen ergänzt und umgestellt werden müssen. Das ist eigentlich das Gegenteil eines ‚konservativen‘ Vertrauens auf die Institutionen, wie sie nun einmal sind.

Ein anderes Beispiel sind demokratische Institutionen beziehungsweise die Tatsache, dass wir unter Demokratie ein rein aggregatives Arrangement verstehen, bei dem Wählerpräferenzen als gegeben unterstellt und dann irgendwie, nach majoritären oder proportionalen Systemen, hochgerechnet werden, um zur Bildung einer Regierung zu führen. Die Willensbildung beziehungsweise Präferenzbildung selbst ist nicht Thema von demokratischen Institutionen. Jeder hat seinen Willen, wo immer er auch herkommen mag. Die Präferenzen gelten als irgendwie ‚gegeben‘, und ihre Herkunft liegt im Dunkeln und soll möglichst auch dort bleiben, weil sonst irgendwelche Doktrinen vom ‚wahren‘ Volkswillen oder ‚objektiven‘ Interessen bedrohlich um sich greifen würden. Stattdessen, so denke ich in Übereinstimmung mit einer breiten Strömung innerhalb der neueren Demokratietheorie, sollte es deliberative Institutionen geben, die den Volkswillen – in einer gewissen Distanz zu Parteien und Medien – im Wege eines diskursiven Bildungsprozesses erzeugen, statt ihn bloß in der strategischen Einstellung des positivistischen Opportunismus als gegeben zu unterstellen und in Wahlen (oder bei der Messung von Einschaltquoten) abzurufen.

Strecker: Wenn Fortschritt also in der Überwindung institutioneller Defizite besteht, welche Rolle kommt dabei dann demokratischen Prozeduren zu? Die Bearbeitung politischer Probleme scheint der politischen Willensbildung heute oftmals keine Zeit zu lassen, hochspezialisiertes Expertenwissen zu verlangen und mit heterogenen Interessenlagen konfrontiert zu sein, die sich im Rahmen demokratischer Prozeduren nicht in eine Lösung überführen lassen. Tritt demokratische Beteiligung damit in Konkurrenz zu anderen Gesichtspunkten einer progressiven Politik und insbesondere zu Wohlstandsversprechen?

Offe: Die Knappheit der für Entscheidungen zur Verfügung stehenden Zeit oder auch die Knappheit an Expertenwissen sind oft vorgeschobene Argumente technokratischer Eliten, die ihre Zuständigkeitsmonopole verteidigen. Ein halbwegs informiertes Forum von

Normalbürgern kann sich durchaus einen Willen (nicht unbedingt einen konsensuellen) darüber bilden, ob es zum Beispiel angesichts des chronischen und weiter zunehmenden Angebotsüberhangs am Arbeitsmarkt und angesichts der weiter steigenden Arbeitsproduktivität wirklich wünschenswert ist, das gesetzliche Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre zu verlegen und diejenigen finanziell zu bestrafen, die früher aussteigen wollen oder müssen. Wenn man in diese Debatte des Weiteren einige Informationen über demographische Entwicklungen und die nach Geschlechtern und Berufsgruppen unterschiedlichen erwerbsbiografischen Verläufe und Belastungen sowie Gesichtspunkte der Generationengerechtigkeit einbringt, dann entsteht eine ziemlich komplexe Diskussionslage, deren Ausgang möglichst nicht von Parteien und ihren Rentenpolitikern präjudiziert werden sollte. Wichtig ist mir die Frage nach dem Entstehungsmodus politischer Präferenzen. Der demokratische Wettbewerb von Volks-, Kartell- und (zunehmend) populistischen Parteien und personalisierten Kampagnen führt jedenfalls zu einem Modus der Präferenzbildung, von dem kaum plausibel angenommen werden kann, dass seine Ergebnisse aus wohlherwogener, hinreichend informierter und an wie auch immer ausbuchstabierten Gerechtigkeitsprinzipien orientierter Präferenzbildung hervorgehen. Dies gilt zumal dann, wenn wachsende und keineswegs zufallsverteilte Teile der Bevölkerung es resigniert aufgegeben haben, mit Wahlen, Politik und Regierung die Aussicht auf nennenswerte Besserung ihrer eigenen oder der alle betreffenden Situation in Zusammenhang zu bringen.

Strecker: Äußert sich in diesen Tendenzen potenziell eine Abnahme der Bedeutung von Demokratie in den Augen der Bevölkerung? Wir erleben gegenwärtig eine wiederholte Übertragung von politischen Entscheidungskompetenzen an nicht direkt verantwortliche Gremien und beobachten außerhalb Europas ökonomisch erfolgreiche, prosperierende Systeme, die nicht demokratisch verfasst sind, aber dennoch die Unterstützung ihrer Bevölkerungen genießen.

Offe: Absolut richtig: wir beobachten sowohl die anhaltende Robustheit von halbautoritären Systemen wie auch, in repräsentativen Demokratien, die Verlagerung von wichtigsten Entscheidungsbefugnissen auf sogenannte *fiduciary institutions*, also institutionell entpolitisierte Gremien wie die Bundesbank, den Europäischen Gerichtshof, die Europäische Kommission, Sachverständigengremien – von der ad-hoc-Erfindung paralegislativer Gremien wie der folgenreichen rot-grünen ‚Hartz-Kommission‘ ganz zu schweigen. Das ist alles weit vom Wählerwillen entrückt. Ich fasse das unter die generalisierende These, dass die *policies* (als Inbegriff staatlicher Strategien) den Kontakt mit *politics* (als der Gesamtheit konflikthafter politischer Willensäußerungen von Bürgern und ihrer Willensverbände) allmählich verlieren. Was die Leute ‚wollen‘, verpufft in der folgenlosen Expressivität von Medien- und Wahlkampagnen, wenn nicht in *culture wars*; und was die politischen Mandats- und Amtsträger in strategisch-instrumenteller Einstellung und bei zunehmender parteipolitischer Ununterscheidbarkeit ‚tun‘, vermögen sie den Leuten nicht zu vermitteln oder auch nur *ex post* einsehbar zu machen. Im Ergebnis wird die Vorstellung unplausibel, dass das Volk durch repräsentative Mechanismen relevante Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Richtung sozialökonomischer und politischer Entwicklungen hätte.

Strecker: Durch Ihre demokratietheoretischen Studien zieht sich als roter Faden die Analyse des Zusammenhangs von Form und Inhalt politischer Institutionen. Während Sie in früheren Arbeiten zum Beispiel zur Interessenvertretung durch Parteien und Verbände oder zur Mehrheitsregel das Augenmerk auf Verzerrungseffekte durch Ausschluss oder

Bevorzugung gerichtet haben, steht in späteren Arbeiten trotz Ihrer jüngsten Überlegungen zur sozioökonomischen Struktur der Wahlbeteiligung doch im Vordergrund, welche institutionellen Designs auf Seiten der Bürger wünschenswerte Einstellungen (wie eine Orientierung am Gemeinwohl und an Nachhaltigkeit) generieren können. Wie erklären Sie diese Verschiebung, und lassen sich beide Perspektiven miteinander kombinieren? Welche institutionellen Reformen scheinen Ihnen besonders wichtig?

Offe: Von ‚wünschenswerten‘ Einstellungen würde ich ungern reden, eher von ‚wohlerwogenen‘. Aber das Interesse am Zusammenhang von Form und Inhalt, institutionellem Verfahren und materialem Ergebnis interessiert mich (wie viele andere) ganz zentral. Die sachlichen, sozialen und zeitlichen Verzerrungseffekte bei Partizipation und Repräsentation sind ganz deutlich, und neuere Forschungen auf breiter Front, gerade auch aus den USA, dokumentieren sie sehr feinkörnig. Ein wachsender Teil der Bevölkerung ist vom politischen System faktisch ausgeschlossen. Sie haben nichts zu melden und sie wollen auch nichts melden; so vermeidet man schmerzhaft kognitive Dissonanzen. Sie haben kein Vertrauen, dass irgendetwas im Spektrum möglicher Ergebnisse sie in einer wünschenswerten Weise betrifft. Schicksalsergeben klinken sie sich selbst aus. Wir haben ein institutionelles Arrangement, in dem große Teile der Bürger politisch verwahrlosen, entweder dadurch, dass sie überhaupt nicht teilnehmen, oder dadurch, dass sie sich durch tatsächliche oder nominelle Vorteilsgewährungen vor Wahlen kaufen lassen oder das unterhaltsamste Infotainment nach personalistischen Kriterien („gefällt mir“, „gefällt mir nicht“) prämiieren. Eine mich nicht ganz überzeugende Antwort von Arend Lijphart auf das Problem der sozialen Verzerrung der Beteiligung ist die, dass man das Wählen zur Pflicht macht. Das ist in einigen Ländern der Fall, so in Griechenland, Luxemburg, Belgien, den Anden-Staaten und Australien. Die Wahlpflicht (oder genauer: Anwesenheitspflicht im Wahllokal) hat eine ganze Reihe von Problemen und leistet keinen ersichtlichen Beitrag zur Rationalisierung der Willensbildung selbst.

Symptomatischerweise gibt es auf breiter Front Modelle, Empfehlungen, Experimente und Vorschläge für deliberative Institutionen, die den Vorteil haben, nicht nur Informationen über politische Sachverhalte zu generieren – die Leute werden informiert, informieren sich gegenseitig –, sondern die auch bewirken, dass die Leute sich gegenseitig ermutigen – sich vor Augen führen, dass die Lösungen und Vorschläge, die ihnen schon mal durch den Kopf gegangen sein mögen, solche sind, mit denen sie nicht alleine stehen. Die Evidenz von Übereinstimmung und Potenzialen für Koalitionen ist eine Erfahrung, die politisch sehr bildend sein und die Wiederaneignung politischer Funktionen durch Bürger motivieren kann. Sowohl die neorepublikanischen (Philip Pettit) als auch die deliberativen Strömungen in der normativen Demokratietheorie sind da sehr ermutigend.

Strecker: Die Idee ist also, die gegenseitige Abhängigkeit von Form und Inhalt politischer Institutionen beziehungsweise die Ausschlusseffekte politischer Institutionen ebenso wie ihre Funktion der Generierung von ‚wohlerwogenen‘ Einstellungen dadurch zu berücksichtigen, dass institutionelle Designs gesucht und identifiziert werden, ...

Offe: ... die die Wiederaneignung der politischen Funktionen erlauben und entsprechende Anstrengungen ermutigen, wie es auf den großen Plätzen rund ums Mittelmeer, aber auch in Lateinamerika in den letzten Jahren und Monaten geschehen ist.

Strecker: An welche konkreten Reformen denken Sie hierbei? Hubertus Buchstein hat ja beispielsweise Überlegungen zu öffentlichen Wahlen sowie zu Zufallsmomenten im demokratischen Prozess angestellt und die Idee eines *House of Lots* entwickelt.

Offe: Das sind geradezu verwegene Vorschläge, die indes alle ihre gute Tradition haben, von Athen bis zu John Stuart Mill. Hubertus Buchstein ist da wirklich äußerst kreativ. Doch das ist noch nicht nah genug an der Realisierbarkeit. Man muss sich da ganz konkret Vorstellungen machen, die man dann auch institutionell einer Umsetzung näherbringen kann. Die deliberativen Theorien müssen ja mit einem Losverfahren operieren, um das Element der *self selection*, der Selbstausswahl der Mitglieder von repräsentativen Körperschaften, zu entschärfen. Das haben sie auch beim *British Columbia Citizen's Assembly on Electoral Reform*, diesem kanadischen Experiment, getan. Ansonsten kommt es nämlich zu einer Situation wie im Deutschen Bundestag, aus dem 1990 mit Willi Hoss der meines Wissens letzte regelmäßig praktizierende Industriearbeiter ausgeschieden ist. Die krasse sozialstrukturelle Nicht-Repräsentativität der politischen Elite, von der eine Hälfte Beamte sind, ist ein Skandal. Auf diesen Skandal der Zusammensetzung der ‚politischen Klasse‘ reagiert eine Bewegung wie die italienische *Cinque Stelle* mit großem Erfolg, wenn auch nur negativ. Durch Randomisierung von deliberativen Beratungsorganen kann man die öffentliche Willensbildung verändern – selbst dann, wenn gewählte Parlamente das letzte Wort behalten müssen.

Ich stelle mir das, wie von Ackerman und Fishkin vorgeschlagen, so vor, dass man die zur Wahl stehenden Spitzenkandidaten der Parteien fragt, welche die beiden wichtigsten Themen sind, über die bei den kommenden Wahlen zu entscheiden ist. Das geschieht etwa drei Monate vor der nationalen oder regionalen Wahl. Und dann gibt es deliberative Institutionen, zum Beispiel in der Form eines *Deliberation Day*, an dem diese Fragen von entweder zufallsausgewählten Personen oder (durch großzügige, monetäre und zeitliche Regelungen eingeladene und dann) freiwillig kommende Bürger in *mini-publics* genannten deliberativen Gremien erwogen und zu einem Ergebnis geführt werden, das übrigens nicht konsensuell sein muss. Sogenannte *facilitators* sorgen als Moderatoren dafür, dass die Debatte respektvoll und argumentativ bleibt und alle Beteiligten gleichermaßen zu Wort kommen. Über diese Deliberationen, sowohl ihre Ergebnisse wie über ihren Verlauf, wird in den Medien ausführlich berichtet, sodass alle Bürger, auch diejenigen, die nicht selbst teilgenommen haben, ebenso wie die politischen Eliten darüber informiert sind, wie zu diesen Fragen ein Volkswille aussieht, der als ein wohlerwogener, außerhalb der Kontrolle von politischen Parteien gebildeter Volkswille gelten kann. Kein Gladiatorenmatch im Fernsehen, keine Kandidatenkonfrontation, keine Talkshow, sondern eine Berichterstattung über das, was Bürger zu diesen Fragen denken, und nicht das, was die Eliten anpreisen. Dieser Prozess geht dann in einen Wahlkampf ein, der nach den normalen Regeln des geltenden Wahlrechts, das man (wie in British Columbia) selbst einer solchen deliberativen Erörterung aussetzen kann, geführt wird.

Die repräsentative Demokratie konventioneller Sorte wird also um deliberative Verfahren ergänzt, die in ihrer Überzeugungskraft erwartbar auf die Wählerschaft insgesamt sowie auf die politischen Eliten ausstrahlen. Alle Seiten wissen dann, was der *wohlerwogene* Volkswille, im Gegensatz zum *empirischen* Volkswillen, sein würde, und wissen, dass alle anderen es auch wissen. Diese Reflexionsverhältnisse können zu einer Verbesserung der Involviertheit von Bürgern führen und gleichzeitig zu einer Erweiterung der Wahlmöglichkeiten und Alternativen, die im politischen Spektrum auftauchen.

Wenn Demokratie irgendetwas ist, dann ist es die Situation, eine Wahl zu haben – *choice* –, und zwar nicht zwischen regierenden Personen, sondern zwischen erwartbaren Politikergebnissen. Unsere Demokratien tendieren dahin, dieses *choice*-Element zu neutralisieren. Was dann tatsächlich an Arbeitsmarkt-, Fiskal-, Renten-, Bildungs-, Forschungs- und Außenpolitik herauskommt, unterscheidet sich je nach Wahlergebnis um Millimeter. Dieses „vanishing of the opposition“ hat Otto Kirchheimer schon 1956 vorausgesehen. Die Opposition verspricht immer fünf Prozent mehr von dem, was die Regierung schon getan hat, und einigt sich mit der Regierung hinterher, fünf Prozent weniger zu tun. Das ist oft ein abgestandenes, pointen- und alternativloses Spiel, was da getrieben wird. Das führt zu Frustration und Zynismus, ohne dass es allerdings antidemokratische Strömungen nennenswerter Größenordnungen geben würde, in Deutschland sogar weniger als irgendwo sonst. Es gibt antilibérale, antieuropäische und antikosmopolitische Strömungen, aber wirklich antidemokratische Bewegungen gibt es in Deutschland, in Europa, in Nordamerika und selbst in Zentralasien, anders als in der Weimarer Republik, nicht in maßgeblichem Umfang.

Strecker: Sie schätzen das antidemokratische Potenzial also trotz des Aufkommens der Autonomen Nationalisten und der Daten der jüngsten Ebert-Studie zu Ausmaß und Anstieg rechtsextremer Überzeugungen als gering ein?

Offe: Wilhelm Heitmeyer sieht das ja so, aber ich kann keine wirklich antidemokratische Bewegung erkennen. Zwar sitzen in einigen Landtagen NPD-Abgeordnete, die indes dadurch auffallen, dass sie nichts Substanzielles zu sagen haben. Gewiss, es gibt Leute, die von den zivilisierenden Potenzialen der repräsentativen Demokratie nicht erreicht worden sind. Aber das ist ein Teil der erwähnten Verwahrlosung, weist auf eine Funktionsschwäche und institutionelle Defizite hin und führt uns wieder zur politischen Bildung.

Strecker: Demokratietheoretisch orientieren Sie sich schon seit vielen Jahren an der Konzeption deliberativer Demokratie. In dieser Konzeption besteht eine grundlegende Spannung zwischen den Aspekten der Rationalität und der Partizipation. Der große Erfolg der Theorie deliberativer Demokratie dürfte auch damit zu tun haben, dass sie für diejenigen, die auf Expertendeliberationen setzen, ebenso anschlussfähig scheint wie für diejenigen, die politische Entscheidungen von einer breiten zivilgesellschaftlichen Beteiligung abhängig machen wollen. Wie schätzen Sie vor diesem Hintergrund die Bedeutung aktivistischer Demokratiemodelle (zum Beispiel Iris Marion Young) und die neueren Theorien des Politischen (zum Beispiel Jacques Rancière, Alain Badiou) ein, die den Stellenwert von Auseinandersetzung und Konflikt in der Politik betonen?

Offe: Bei Suhrkamp ist dazu ja auch dieses kleine Bändchen *Demokratie?* herausgekommen. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe beschäftigen sich damit ebenfalls schon lange, teilweise in einer neoschmittianischen Diktion, und feiern sozusagen den Eigenwert des Konfliktuellen. Ich kann nur bekennen, dass mich das kaltlässt. Aber ebenso wenig ist wohl zu erwarten, dass die gut informierten Deliberationen unter Bürgern, die selbst nicht (wie Parteien) an Machterwerb interessiert sind, auf einen materialen Konsens hinauslaufen; wenn nicht, dann dienen sie eben dazu, die Frontverläufe zu klären und sichtbar zu machen.

Strecker: Auch mit Blick auf die expressiven und identitätsbildenden Aspekte politischen Handelns, die Sie ja in Ihrem Stufenmodell zivilgesellschaftlich initiiertes Politik berück-

sichtigen und die Jean Cohen und Andrew Arato mit dem Konzept der *dual politics* neben der instrumentellen Dimension der Durchsetzung politischer Ziele als zweite dauerhafte Aufgabe sozialer Bewegungen begrifflich zu fassen versucht haben?

Offe: Klasse gegen Klasse, die Jungen gegen die Alten, wir gegen das Ausland, diese Imagination von Großaggregaten, das sind verstaubte und nur in unattraktiven Formen revitalisierbare Denkmodelle, die großen Wert auf den ästhetischen Eigenwert des Aktivismus und der politischen Expressivität legen. Von dem Weber'schen Ideal der ‚Sachlichkeit‘, das man nicht kleinreden sollte, also von der informationshaltigen Präferenzbildung in Ansehung der Präferenzen der anderen, bleibt dieses schwärmerische, aktivistische Denken weit entfernt.

Denken Sie nur an die Frage, wie wir in Zukunft unsere Elektrizität produzieren wollen. Es ist einfach notwendig, ziemlich viel über erneuerbare Energien zu wissen, darüber, was das kostet, wer daran verdient, welche Folgen das hat, was passiert, wenn nichts passiert, wie sicher die Versorgung ist, wie der Zeitrahmen aussieht und so weiter. Selbst auf solch einem sicherlich wichtigen, aber doch eingeschränkten Gebiet wie der Energiepolitik und ihrer Implikationen für die Klima-, Umwelt- und Ernährungspolitik muss man sich zumindest rudimentär erst einmal mit vielen Dingen sachlich auseinandersetzen, bevor man zu Positionen kommt, die sich dann wahrscheinlich für die Inszenierung kämpferischen Elans nicht gut eignen.

Strecker: Ändert sich an ihrer Einschätzung etwas, wenn man das Thema nicht vonseiten der Theorieangebote, sondern von politischen Phänomenen her betrachtet wie beispielsweise *Occupy* oder *Stuttgart 21*?

Offe: Eine große Rolle bei *Stuttgart 21* spielte die festliche Stimmung, die aufkommt, wenn sich so viele Leute als ein buntes Gemisch aus Jugendlichen, Bankangestellten, *middle class* versammeln und zusammen sind, obwohl es so regnet ... Zu deren lokaler Identität gehört einfach dieses vertraute (und scheußliche) Bahnhofsgebäude, das dort alle lieben. Die Protestbewegung hat die Administration dafür bestraft, dass sie gemeint hat, sich am Volkswillen vorbeischieben zu können, indem sie vollendete Tatsachen schafft. Hinzu kommt die Art und Weise, wie die Befürworter mit Vollbeschäftigung, Investition und Wachstum argumentiert haben. Das Kapital sucht ja verzweifelt nach Anlagemöglichkeiten außerhalb des riskanten Finanzsektors. Aber angesichts dieser stupiden Version von Arbeitsplatzargument, bei der von 15.000 Arbeitsplätzen für acht Jahre die Rede war, haben die Leute dann gesagt, dass sie da ganz anderer Meinung sind, und haben eine Orgie von Protest und Expressivität veranstaltet. Am Ende war dann fast alles wie vorher. Nur dass es noch viel teurer wird, noch viel mehr Arbeitsplätze entstehen, noch mehr Schulden dafür aufgehäuft werden.

Ich finde, das ist etwas ganz anderes als *Occupy* und *Indignados*. Aber auch die *Indignados* wissen, dass sie eine ziemlich ephemere politische Expressivität praktizieren, von der sie – ich kann nur hoffen: zu Recht – annehmen, dass sie im nationalen und internationalen Gedächtnis haften bleibt, dort Spuren hinterlässt und sowohl den Eliten wie den Nicht-Eliten als eine Handlungsmöglichkeit gegenwärtig bleibt. Das ist sehr viel ernsthafter, weil es zugleich um Fragen der Würde und solche der Gerechtigkeit geht.

Ich habe selbst in Mutlangen vor der Kaserne gesessen und dieses Gefühl der kämpferischen Zusammengehörigkeit, des Protestes, der Berechtigung und des tiefen moralischen Anspruches erlebt. Das sind alles wichtige Elemente der Politik. Wenn sie sich ver-

selbstständigen, wie bei diesen ‚aktivistischen‘ Theorien der Demokratie, ist das vielleicht etwas zu kurz gesprungen. Zudem sind manche dieser Dinge nicht so folgenreich, wie es die betroffenen Eliten fürchten und die Aktivisten hoffen. Es sind Spektakel, die den einen den Selbstgenuss ihrer Radikalität erlauben und den anderen eine vielleicht auch nur geheuchelte Angst einjagen. Niemandem war doch unklar, dass *Stuttgart 21* nach den *sunk costs*, also den schon getätigten Investitionen, irgendwie weitergehen muss, modifiziert oder verzögert. Es gibt da kein Zurück, ebenso wie es aus dem Euro kein Zurück gibt. Das sind gesetzte Prämissen, die man durch Protest- und Bewegungspolitik meistens nicht umstoßen kann.

Die typischen Verläufe in London, in Athen, in Paris, wo eine Schicht von unterprivilegierten, abgehängten, prekären Existenzen, Migranten dadurch zu einem plötzlichen, kurzlebigen Aktivismus aufgerührt wird, dass eine einzelne Person zu Tode kommt, und sei es durch einen Querschläger aus einer Polizeipistole wie bei dem 16-Jährigen in Athen, führen zu manchmal nur zerstörerischen Revolten; sie bleiben beiden Seiten jedoch als fortdauernde Eventualität im Gedächtnis und können, wie man in Istanbul gesehen hat, zu erdrutschartigen Veränderungen der politischen Machtverhältnisse führen, oft aber auch zum Rückfall in die Ruhe bleierner Hoffnungslosigkeit.

Strecker: Wird diese Einschätzung auch mit größerem zeitlichen Abstand noch zutreffen? Bewerten Sie zum Beispiel den Fall Rodney King gleichermaßen?

Offe: In Los Angeles und den USA ist das sowieso ein typischer Verlauf. Das wird dann zum Kristallisationspunkt einer verpuffenden Mobilisierung und Gewalttätigkeit, die wie zum Beispiel in London oft mit großflächigen Ladendiebstählen und Zerstörungen von Gebäuden und Supermärkten einhergeht, die erst ausgeräumt und dann in Flammen gesetzt werden. Das hat eigentlich keine politischen Qualitäten, wenn und weil es weder zu äußeren Erfolgen noch zu einer Art Selbstbelehrung der Aktivisten führt.

Strecker: Worin besteht dann die Funktion von Protest? Welche Bedeutung kommt außerinstitutionellen Formen politischer Beteiligung zu?

Offe: Eine sehr große. Denken Sie an die Proteste in Indien gegen die verbreitete Praxis brutalster Vergewaltigungen. Diese Proteste sind nicht auf feministische Gruppen beschränkt und auch nicht altersspezifisch. Hier will sich eine Bevölkerung das Hinwegsehen über ein von den Staatsorganen bagatellisiertes elementares Unrecht der sexuellen Gewalt gegen Frauen nicht länger bieten lassen. Ein ähnlicher Fall ist die Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi in Tunesien. Diese nichtinstitutionellen Formen thematisieren ein Unrecht der Polizei, der Regierung, der Gerichte, des Militärs, aber auch der Reichtumsverteilung im Lande, wie in Ägypten, und können dann zu gewaltigen institutionellen Konsequenzen führen.

Aber *Stuttgart 21* oder der Frankfurter Flughafen können das eher nicht. Das manifeste Unrecht, und nicht nur die Erschleichung von Verwaltungsentscheidungen hinter geschlossenen Türen und die Schaffung vollendeter Tatsachen – das erscheint mir als eine notwendige Bedingung. Dieses Unrecht – sei es von Gewaltakten, sei es der Verteilung von Gütern – war in Ägypten, in Tunesien, sogar in Tel Aviv und vielen anderen Orten evident. Doch auch dann führt die Mobilisierung nicht zwangsläufig zu institutionellen Konsequenzen. Ich habe in diesem Zusammenhang den Ausdruck ‚verpuffen‘ verwendet, das heißt eine spektakuläre, aber kurzzeitige und institutionell folgenlose Eruption von Hass, Wut und Empörung, die selbst bei den Aktivisten nicht in einer uneingeschränkt heroischen Erinnerung

bleibt. Die Erinnerung ist nicht: „Wir haben da etwas geschafft“, sondern: „Wir haben die Sau rausgelassen.“ Das kann man auch in Los Angeles sehen, denke ich. Das hat sehr viele ästhetische Momente im Erleben der Beteiligten. Ich denke, dass diese vollkommen aus den Institutionen entlassenen Arten der politischen Protestpartizipation, wenn sie nicht zumindest thematisch fokussiert sind auf Polizeiwillkür, Rassismus, Sexismus oder Verteilungsfragen, zwar ein häufiger wiederkehrendes Phänomen sind; aber ich würde politisch nicht allzu viel darauf setzen, wenn sie nicht von institutionellen Forderungen begleitet sind und die Aussicht auf entsprechende politische Folgen haben.

Strecker: Folgenreich kann nichtinstitutioneller Protest also sein, sofern er klare Forderungen zur Überwindung grundlegender Probleme formuliert?

Offe: Mutlangen, Abrüstung, Wackersdorf, Atomenergie oder jetzt auch in Indien die Rechtsprechung, die Polizei und die Gesetzgebung, das sind klare Protestthemen. Die Leute haben ein Thema und sie haben Forderungen, zumindest in der negativen Form, dass es so nicht weitergeht. Der Protest selbst ist jedoch nicht der kausale Faktor. Kausal und folgenreich und institutionell maßgeblich wird er dadurch, dass sich angesichts des Protests die Eliten spalten. In Ägypten zum Beispiel hat sich das Militär von Mubarak losgesagt und ihn fallen lassen. Ähnliche Dinge sind 1989 passiert. In Rumänien hat das Militär den regierenden Klan fallen lassen. 1991 bei der Auseinandersetzung um das Weiße Haus in Moskau war das auch so. Spaltungen in der Elite finden statt, Teile der Elite scheren aus dem Machterhaltungskartell aus – das ist die Sequenz, in der Proteste zu institutionellen Innovationen, zur Abdankung des Regimes und gegebenenfalls zu Neuwahlen und einer neuen Verfassung führen.

Strecker: Muss man hier nicht zwischen reformerischen Innovationen einerseits und revolutionären Konstellationen andererseits unterscheiden?

Offe: Das ist richtig. Um überhaupt Reformperspektiven eröffnen zu können, muss in autoritären Regimes irgendein Akt der Abdankung oder des *breakdown* stattfinden. In autoritären Regimes sind solche revolutionär genannten erzwungenen Abdankungen durch Aufspaltung und innere Spaltung des Regimes Voraussetzung für Reformen. Voraussetzung ist, dass das Regime nicht mehr dasselbe ist oder es irgendwelche notdürftigen Übergangs- und Scheinlösungen gibt, durch die die Kräfte des alten Regimes in neuer Besetzung und neuer Konfiguration die Oberhand gewinnen beziehungsweise behalten können wie in Rumänien, Bulgarien, aber auch Ägypten. Das ist schwer zu generalisieren, da gibt es verschiedene Pfade. Ziemlich einflussreich geworden ist – neben den Studien von Juan Linz und Alfred Stepan – die von Philippe Schmitter und Guillermo O'Donnell konzeptualisierte Unterscheidung von *dictadura* und *dictablanda*. Die *dictablanda* sagt sich von der harten Linie los, spricht mit der Gegenseite und bildet eine Koalition. Dann kommt es zu galoppierenden Prozessen des Zusammenbruchs und der Notwendigkeit, etwas Neues auf die Schiene zu setzen.

Strecker: Wie Sie auch soeben nochmals betont haben, sehen Sie in demokratiethoretischer Hinsicht die institutionelle Dimension als vorrangig. Welche flankierenden Institutionen und insbesondere sozialpolitischen Instrumente halten Sie für erforderlich, damit deliberativ-demokratische Institutionen soziale Ungleichheiten nicht verstärken? Welche Bedeutung messen Sie in diesem Zusammenhang der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens bei?

Offe: Das wertvollste Gut im menschlichen Leben ist verfügbare Zeit – *discretionary time*, wie Robert Goodin das im Titel seiner Untersuchung genannt hat. Zeit, die man nach eigenen Prioritäten und ohne Verelendungsrisiko verbringen kann, ist die absolut knappe, nicht vermehrbare Ressource. Ein Reiz der Grundeinkommensidee besteht darin, dass man dadurch, wenn auch unter allen realistischen Bedingungen auf sehr bescheidenem Niveau, mit seiner Zeit andere Dinge anstellen kann, als sie als seine Arbeitskraft zu Märkte zu tragen, um Erwerbseinkommen zu erzielen. Das hat auch, keineswegs nur, den Effekt, dass man sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen kann. Das fand ich schon immer faszinierend, das im sozialen und wirtschaftlichen Modernisierungsprozess abhandenkommende Repertoire an Zeitverwendungsmöglichkeiten, die etwas anderes sind als Erwerbszeit oder Konsumzeit. Familien mit kleinen Kindern sind da vielleicht eine der wenigen Ausnahmen, weil sie, oft unter großem Stress, Kontingente für Erziehungs-, Kinder- und Familienzeit freimachen müssen. Aber diese Zeitkontingente sind doch auf eine immer kürzer werdende Lebensphase von immer weniger Leuten beschränkt. Das Grundeinkommen ist eine Möglichkeit, verfügbare Zeit für selbst gewählte Tätigkeiten freizusetzen, die im weitesten Sinne auch eine politische Rolle spielen, angefangen bei Selbst- und Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt, bürgerschaftlichem Engagement und den mit diesen Tätigkeitsfeldern verbundenen Sozialisations- und Zivilisierungseffekten, die ich nicht geringschätzen würde.

Strecker: Sie haben vorhin die Ausschlusseffekte gegenwärtiger repräsentativ-demokratischer Institutionen angesprochen. Als Gegenstrategie haben Sie demokratische Beteiligungsformen genannt. Welche Rolle kommt in diesem Zusammenhang sozialpolitischen, bildungspolitischen oder anderen verwandten Maßnahmen zu?

Offe: Das Grundeinkommen hat hier insbesondere bei angespannten Arbeitsmärkten und den Hartz IV-bedingten Einkommensverhältnissen die Funktion, Möglichkeiten autonomer Zeitverwendung zu eröffnen. Eine Herausforderung, die sich in der Bildungspolitik stellt, betrifft eine manifeste Pathologie unseres Typs von Gesellschaften: Es gelingt ihnen nicht zureichend, durch formale oder auch weniger formalisierte Bildungsprozesse Migration und Integration zu bewältigen. Wie immer man die Anforderungen an Integration bestimmen mag (und zu ihr gehört wesentlich auch die Integration der Inländer in eine multiethnisch geprägte soziale Realität), das allgemeinbildende Vorschul- und Schulwesen ist der institutionelle Ort, an dem sie stattfinden müsste. Wenn aber 80 Prozent der Jugendlichen mit ‚Migrationshintergrund‘ keine Lehrstelle finden und 60 Prozent keinen Hauptschulabschluss erreichen, dann ist das nur als ein gigantisches Versagen des Bildungssystems zu bewerten. Es muss doch die Möglichkeit geben, jemanden, der in einer türkischen Familie aufgewachsen ist und der 14 Jahre alt ist, mit den (unter anderem sprachlichen) Grundvoraussetzungen seiner oder ihrer Arbeitsmarktfähigkeit auszustatten. Hier liegt meines Erachtens ein offensichtliches Institutionenversagen vor. Unsere Bildungseinrichtungen kommen da nicht mit. Hier liegen dringlichste politische Prioritäten.

Ich habe mich in zwei Aufsätzen mit Problemen von Migration, Integration, Einbürgerung beschäftigt und finde dazu Ansätze wie die von Philippe van Parijs, Christian Joppke, Rainer Bauböck und Lea Ypi besonders erhellend. Das Problem ist ein zweiseitiges. Einerseits wäre es wünschenswert und im Rahmen einer Theorie globaler Gerechtigkeit normativ geboten, wenn die Leute sich leisten könnten, in den Ländern, in denen sie geboren sind oder in deren Kultur und Sprache sie aufgewachsen sind, zu *bleiben*. Brian Barry hat das schön ausgedrückt: In einer idealen Welt gäbe es keine starken und massen-

haften Wanderungsanreize, erst recht keine negativen. Aber dafür müssten die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse in den Herkunftsländern anders sein, als sie es sind, und dürften diesen Migrationsdruck nicht ständig neu erzeugen. So sind heute drei Prozent der Weltbevölkerung grenzüberschreitende Migranten. Das ist das eine.

Andererseits müssen diejenigen, die in absehbarer Zeit Migranten sein werden beziehungsweise zweite, dritte oder vierte Generation von Migranten sind, eine Perspektive haben beziehungsweise qualifiziert werden, Perspektiven für sich selbst zu entwickeln. Das sind 20 Prozent der Wohnbevölkerung in Deutschland. In Berlin, Frankfurt, Stuttgart oder wo auch immer, in Frankreich ebenso, sind wir von einer Migrations- und Bildungspolitik weit entfernt, die an das ohnehin vielfältig korrumpierte Ideal der ‚Chancengleichheit‘ herankommt. Ich weiß nicht, weshalb das nicht Thema Nummer eins in der politischen Öffentlichkeit ist. Heinz Buschkowsky, der Bürgermeister von Berlin-Neukölln, bringt das ja drastisch und, ich denke, integer und publikumswirksam zum Ausdruck, wie weit wir da hinterher sind.

Nicht nur bei Fragen von Migration und Integration ist die oberste Priorität der sozialpolitischen *philosophy*: Vorsorge statt Nachsorge, investive statt konsumtive Leistungen, Dienste und Geld für die jüngeren Generationen statt Zahlungen für die Alten. Dagegen gibt es jedoch eine machtvolle, quasi ‚natürliche‘ Interessenallianz zugunsten der älteren Generation, weil alle Noch-nicht-Alten damit rechnen, über kurz oder lang einmal alt zu sein, während sie trivialerweise nie wieder jung sein werden. Dieser Umstand, zusammen mit der demographischen und damit wahlpolitischen Verschiebung der Kräfteverhältnisse, erzeugt einen *bias* zugunsten nachsorgender statt investiver Sozialpolitik. Gösta Esping-Anderson, Anton Hemerijk und viele andere haben diese Schieflage der Sozialpolitik beschrieben; aber es fehlt ersichtlich an der politischen Kapazität, sie zu begründen.

Generationengerechtigkeit ist ein sehr ernstes und akutes Thema. Ich habe dazu ein kleines Buch geschrieben, zusammen mit Michael Maschke und Gerd Grözinger, über die Idee eines Startkapitals in Gestalt eines kapitalisierten Grundeinkommens. *Teilhabe-gesellschaft* haben wir das im Anschluss an Bruce Ackerman genannt: Jeder 18-Jährige erhält 60.000 Euro, steuerfinanziert. Vorfinanziert und wieder aufgefüllt wird das durch die Vermögens- und Erbschaftssteuer. Das kostet schlappe 30 Milliarden im Jahr. Das ist nahezu nichts angesichts der heutigen Verhältnisse. Um das Stammkapital dieser 60.000 Euro (und nicht nur die Rendite) ausgezahlt zu bekommen, muss man entweder einen Hauptschulabschluss plus Lehre oder ein Abitur haben. So ein Arrangement würde vielfältige und höchst erwünschte Anreizwirkungen entfalten. Früher waren bürgerrechtliche Einkommens- und Vermögensansprüche unter dem Motto „Eigentum in Arbeitnehmerhand“ beziehungsweise „Vermögensbildung“ einmal christlich-soziale, linke CDU-Programmatik. Das ist alles vorbei, aber das könnte man mit solchen und ähnlichen Modellen wiederbeleben.

Strecker: Haben sich Ihre Vorstellungen zum bedingungslosen Grundeinkommen in den letzten Jahren verändert? Wie schätzen Sie dessen Realisierungschancen heute ein?

Offe: Ein Grundeinkommen, das flächendeckend, lebenslanglich und universalistisch ist, also nicht auf beschränkte Kategorien von Bedürftigen zielt, sondern für die gesamte Bevölkerung gilt, ist eine Leitidee, deren Realisierung, wenn überhaupt, in weiter Ferne liegt. Es gibt aber Annäherungspfade, von denen der von mir favorisierte der ist, dass man nach dem Alter von, sagen wir, 28 Jahren einen bis zur Altersgrenze wirksamen Anspruch auf ein Ziehungsrecht von insgesamt zehn Jahren hat. Man kann – wann immer und für

welchen Zweck oder Anlass man möchte – in zeitlichen Portionen von mindestens sechs Monaten Grundeinkommen ziehen, solange bis der individuelle Zehn-Jahres-Etat aufgebraucht ist. Zu begründen ist das so, dass die Lebensphasen (Jugend, Erwerbsphase, Rentenphase) gemischt werden. Das ist gleichsam ein auf individuelle, biografisch nicht standardisierbare Zeitbedarfe abgestimmter, vorgezogener und befristeter Rentenbezug, so wie es auch in die Erwerbsphase eingeschobene Weiterbildung im Sinne von *lifelong learning* gibt. Mit einer solchen bürgerrechtlichen (nicht: arbeitnehmerrechtlichen) Regelung kann man Zeitkontingente für freibleibende Zwecke erwerben. Außer diesem Freiheitsgewinn wären eine Reihe von durchaus erwünschten Nebeneffekten zu erwarten, vor allem die des temporären Rückzuges von Teilen der gesellschaftlichen Arbeitskraft von der Angebotsseite des Arbeitsmarktes. In einer Zeit, in der die Aussichten auf (,voll‘-)beschäftigungssicherndes Wachstum mehr als ungewiss sind, das effektive globale Arbeitsangebot sich innerhalb einer Generation verdoppelt hat und die Arbeitsproduktivität weiter steigt, kann das resultierende Überangebot auf dem Arbeitsmarkt nur lohnsenkende und ‚prekarisierende‘ Konsequenzen haben, die ihrerseits zu weiterem Überangebot beitragen. Weitere attraktive Aspekte ergeben sich, wenn man ein solches Modell in den Zusammenhang von klimapolitischen Überlegungen stellt sowie solchen über *global justice* und eine *post growth society*. An der Finanzierungsfrage scheitert ein so konzipiertes Grundeinkommen im Übrigen nicht. Das kann man im nationalen Maßstab durch Vermögens-, Transaktions-, Klima- oder auch Megabytesteuern machen, insbesondere bei solchen approximativen Modellen, die erst einmal zehn Jahre pro Leben vorsehen und das Niveau dann gegebenenfalls erhöhen. Das kann man alles berechnen, und nichts ist da prohibitiv kostspielig.

Strecker: Sie sehen also heutzutage auch auf nationalstaatlicher Ebene noch Möglichkeiten für effektive Reformen des wohlfahrtsstaatlichen und des liberaldemokratischen Institutionenhaushalts?

Offe: Auf diese höchst aktuelle Frage gibt es eine gänzlich pessimistische und eine etwas optimistischere Antwort. Die pessimistische liegt auf der Hand: Die Europäische Union mit ihrem völlig falsch konstruierten Euro ist eine marktschaffende Liberalisierungsmaschine, die trotz aller Subsidiaritätsklauseln und Bezugnahmen auf ein etwas nebulöses „Europäisches Sozialmodell“ den „Wettbewerbs-“ und „Schuldenstaat“ (Strecker) an die Stelle des politik- und sozialpolitisch autonom leistungsfähigen Nationalstaats hat treten lassen; die Dynamik dieses Gebildes hat zu einer tiefen Nord-Süd-Spaltung Europas geführt – und in den Ländern der ‚Peripherie‘ zu einer drastischen Verschlechterung der Arbeitsmarktverhältnisse sowie der Lohn- und Sozialstandards, die bis vor fünf Jahren nirgends vorstellbar war. Demnach ist die Antwort auf Ihre Frage ganz eindeutig: Nein!

Auf der anderen Seite ergeben sich gerade aus dieser zugespitzten Krisenlage auch optimistischere Perspektiven. Jeder Passant ahnt mittlerweile, dass neben der Geldpolitik auch die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ‚europäisiert‘ werden muss, und zwar mit dem Ergebnis von Umverteilungseffekten nicht nur zwischen sozialen Klassen, sondern auch zwischen Mitgliedsstaaten. Völlig offen ist dabei die Frage, ob und wie eine solche antineoliberale Kehrtwende demokratisch organisiert werden kann. Im Ergebnis wohl nur so, dass unter dem Druck der Krise und der von ihr hervorgerufenen Konflikte das anonyme Marktgeschehen mit seinen verheerenden Resultaten durch europäische politische Interventionen begrenzt und korrigiert wird.

Unabhängig davon befinden wir uns aber auf nationalstaatlicher Ebene in einem Prozess der schleichenden, undeklarierten Annäherung an das, was ich die ‚Fiskalisierung‘ der Einkommensverhältnisse nenne: Familien, Kinder, Schüler, Studenten, Geringverdiener, Arbeitslose, Kranke, Rentner und viele andere beziehen Einkommen aufgrund von gesetzgeberischen Entscheidungen und werden zunehmend aus öffentlichen Mitteln (zum Beispiel in Gestalt von Bundeszuschüssen zu den Budgets der Sozialversicherungsträger) alimentiert – von dem gigantischen Volumen an Mitteln, die als eine Art ‚Grundeinkommen‘ an europäische Landwirte im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik ausgezahlt werden, ganz zu schweigen. Das alles nicht aus Generosität: Mehr als die Hälfte der Hartz IV-Mittel dient der Aufstockung von Löhnen von durchaus erwerbstätigen Personen, die so wenig verdienen, dass sie andernfalls unter die Armutsgrenze fallen würden. In allen diesen Fällen haben wir es mit einer partiellen ‚Verstaatlichung‘ der Einkommensverteilung zu tun, wenn diese auch keineswegs von egalitären Motiven getrieben wird, sondern nur angesichts regressiver Tendenzen der Einkommensverteilung einen partiellen und gruppenbezogenen Beitrag zur Armutsprävention leistet. Auf der Fluchtlinie dieser hochkomplexen ‚Etatisierung‘ von Einkommensansprüchen könnte ein bürgerrechtlich verallgemeinertes und von Bedingungen entkoppeltes Grundeinkommen liegen. Van Parijs hat in neueren Beiträgen vorgerechnet, wie eine parallele Entwicklung auf europäischer Ebene aussehen könnte.

Strecker: Und wie bewerten Sie über den Fall des Grundeinkommens hinaus die nationalstaatlichen Reformmöglichkeiten und Handlungsspielräume?

Offe: Die Reformspielräume, die auf nationalstaatlicher Ebene gründlich ‚wegliberalisiert‘ worden sind, müssen auf europäischer Ebene rekonstruiert werden. Wenn das nicht gelingt (und auch die Linke in Europa hat keine klaren Vorstellungen, wie das gelingen könnte), dann müssen wir uns auf außerordentlich schlechte Nachrichten gefasst machen, angesichts derer es vielleicht doch gelingen könnte. Wir können heute schon europarechtlich normieren, wie viel Staub sich in einem Kubikmeter Luft in einer Großstadt befinden darf. Warum können wir nicht ebenso europäisch normieren, was bei gegebenem GDP per capita die Obergrenze des Gini-Koeffizienten sein darf oder die Mindestgrenze nationaler Sozialhaushalte als Prozentsatz des BIP? Fritz Scharpf hat dergleichen schon vor mehr als zehn Jahren ins Gespräch gebracht. Oder man könnte auf europäischer Ebene normieren, wie groß der Anteil der armutsbedrohten Bevölkerung sein darf, also derer, die unter 60 Prozent des Medianeinkommens liegen. Um das durchzusetzen, braucht man allerdings europäische Parteien, die für die europäischen Bürger mit den großen Lagern gesellschaftspolitischer Interessen identifizierbar sind. Solange es die nicht gibt, gilt der Satz von Peter Mair: „Solange wir nicht *in* Europa opponieren können, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als *gegen* Europa zu opponieren!“ Ich bin verhalten zuversichtlich, dass der Druck der Krise einen Lernanstoß geben wird, der über das bisher für möglich Gehaltene ein Stück hinausgeht.

Strecker: Eine Vertiefung der europäischen Integration gilt zum Beispiel Jürgen Habermas als geradezu logischer Schritt zur Wiedererlangung politischer Handlungsfähigkeiten, die im Zuge von Globalisierungs- und Denationalisierungsprozessen auf einzelstaatlicher Ebene verloren gegangen sind. Heute steht auch nach Ihrer Einschätzung der Fortbestand der EU auf dem Spiel. Inwiefern sehen Sie die Ursachen für die gegenwärtige Krise in institutionellen Konstruktionsfehlern einer zu weitgehenden oder einer unzureichenden

Integration und in welchem Maße in der mangelnden Regulierung ressourcenmächtiger Akteure? Welche Chancen sehen Sie, die Krise zu überwinden? Welche Reformen halten Sie auf europäischer Ebene für vordringlich? Und welche Perspektive sehen Sie für den Fall einer Desintegration der EU?

Offe: Die Paradoxie der Situation besteht ja darin, dass die verwegenen Träume der europäischen Föderalisten von vor zehn Jahren heute zum technokratischen Imperativ geworden sind. Die utopische Vision der *finalité* eines föderalen Europas, die Joschka Fischer in seiner Rede an der Humboldt-Universität vorgestellt hat, tritt jetzt in entpolitisierte Weise auf die Bühne, und zwar in perverser Gestalt, insofern es keiner gewollt hat, aber es erweist sich, dass es einfach notwendig ist, ein europäisches Fiskalregime zu errichten. Es gibt keinen Weg zurück, denn ein Weg zurück würde zu einer desaströsen Kettenreaktion führen, und (fast) jeder weiß das. Die Auflösung des Euroraums beziehungsweise auch die Abschaffung der durch Beitritt wirksam gewordenen Verpflichtung der neuen Mitgliedsstaaten, den Euro irgendwann einmal einzuführen, hätte wirklich katastrophale Folgen. Die Bertelsmann-Studie zum Euro-Austritt der südeuropäischen Mitgliedsstaaten hat ebenfalls gezeigt, dass solch ein Szenario unkontrollierbare Dominoeffekte in alle Richtungen hätte und auf ein drastisches Negativsummenspiel hinauslaufen würde. Kaum jemand bestreitet das wirklich. Aber die Folgerungen daraus werden nicht von hegemonialen europäischen Parteien und ihrem demokratischen Wettbewerb implementiert, sondern in hektischen Verhandlungen hinter geschlossenen Türen von Herrn Schäuble und Herrn Draghi beschlossen, in denen für immer mehr Geld immer weniger Zeit gekauft wird, wie Streeck analysiert.

Die Frage ist, ob wir dafür genug Zeit haben. Denn eine ordentliche Vertragsreform dauert, selbst wenn es gut geht, was es ja nicht muss, fünf bis acht Jahre. Die politischen Parteien und die nationalen Regierungen versagen vollkommen dabei, in institutionell vorgesehener Weise benötigte neue Institutionen zu kreieren. Stattdessen basteln sie *ad hoc* und in ungebahntem Gelände. Das kann einen in höchstem Maße nervös und bedenklich stimmen. Bei Jürgen Habermas zeigt sich das deutlich und überzeugend.

Aber irgendetwas im Sinne eines europäischen Integrationsschritts wird passieren. Ein interessantes Theorem, das jetzt viel herumgereicht wird, ist von dem Harvard-Ökonomen Dani Rodrik, einem klugen und originellen Geist. Rodrik zufolge haben wir es auch mit Blick auf Europa mit einem magischen Dreieck zu tun: Von den drei guten Dingen, erstens der Globalisierung mit den daraus resultierenden Vorteilen des Handels und der Arbeitsteilung, zweitens nationaler Selbstbestimmung und drittens Demokratie, könne man immer nur zwei zur gleichen Zeit haben. Es kommt also darauf an, Rodrik zu widerlegen und europaweit sowohl Demokratie als auch im wohlverstandenen nationalen Eigeninteresse zurückgenommene nationale Selbstbestimmung sowie wohlstandsmehrende Marktvergesellschaftung zu realisieren. Denn zurück geht es nicht, zurück wäre eine Katastrophe.

Die nächste Aufgabe besteht deswegen darin, durch sozialpolitische Disziplinierung der Regimekonkurrenz dem *regime shopping* einen Riegel vorzuschieben. Man muss die Mitgliedsstaaten verpflichten, ihre Sozialpolitik im Sinne von Höchstgrenzen für Gini und Mindestgrenzen für Armutspräventionen zu harmonisieren. In diesen Zusammenhang gehören auch Höchstgrenzen für die Jugendarbeitslosigkeit und ihre Dauer im Einzelfall. Wenn diese Höchstgrenzen erreicht sind, dann gibt es halt einen europäisch bedingten Zwang beispielsweise für den spanischen Nationalstaat, mit europäischen Mitteln im gro-

ßen Umfang Lehrwerkstätten zu finanzieren. Das liegt dann nicht mehr in der nationalen Souveränität von Mitgliedsstaaten. Wir hätten dann fiskalische Verhältnisse, wie sie zwischen den Bundesstaaten der USA und der amerikanischen Bundesregierung bestehen. Wenn das erreicht wäre, dann gäbe es für viele Leute auch Anlass, sich für Europa zu interessieren.

Die gegenwärtige Situation verführt nicht gerade zu optimistischen Überschätzungen der Möglichkeiten. Die europa- und integrationspolitische Diskussion arbeitet zum Teil mit dem Begriff des ‚Funktionalismus‘. Die Idee ist die des Überschwappens, bei dem das Erreichen einer Integrationsstufe zwangsläufig zur nächsten führt. Ich würde eine Lesart präferieren, nach der Europa nur dann einen Weg nach ‚vorne‘ schaffen kann, wenn es nicht *nur* aus jenen funktionalistischen Gründen, sondern auch aus demokratischen Gründen den Wunsch nach einer tieferen Integration generiert. Das kann geschehen, wenn von Europa sozialpolitische Flankierungen der nationalen Anpassungsprozesse ausgehen und das erkennbar auf europäischer Ebene verhandelt und beschlossen wird. In diesem Punkt unterscheide ich mich von dem rabenschwarzen Funktionalismus, den Streeck in seinem brillanten Buch ausgebreitet hat.

Strecker: Kommen wir schließlich noch zur globalen Ebene. Wo sehen Sie hier die drängendsten zukünftigen politischen Herausforderungen?

Offe: Es gibt keinen Dissens darüber, dass die drei Hauptprobleme der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts Energie, Klima und Sicherheit sind, Sicherheit insbesondere im Hinblick auf die Prävention und Bewältigung asymmetrischer Kriege. Auch die Wechselverhältnisse, die sich daraus entwickeln, sind ganz klar: Es gibt Kriege um Wasser, Klima versus Energieverbrauch und so weiter. Das sind alles ‚postproduktivistische‘ Themen. Höhere Wachstumsraten führen nicht zur Zielerreichung in diesem Dreieck, sondern verhindern diese in Einzelfällen sogar. Nicht klar ist dagegen, wie das bewältigt werden kann. Die Amerikaner leisten sich weitgehend, das Klima zu ignorieren und der Energie und der Sicherheit, der militärischen Sicherheit, Vorrang zu geben. Das wird nicht gut ausgehen.

Strecker: Inwiefern spielen in die Bewältigung oder in die Verhandlung dieser Probleme Verschiebungen der Mächte auf globaler Ebene hinein?

Offe: Die *No-Growth*-Strategie muss eine selektive sein. Als Inbegriff von Unfairness gibt es im Englischen das Bild: Jemand zieht die Leiter hinter sich hoch. Man selbst ist hochgeklettert, hindert aber andere nachzukommen. Das ist unter *Global Justice*-Gesichtspunkten keine normativ akzeptable oder auch nur praktisch durchsetzbare Lösung. In großen Teilen der Nicht-OECD-Welt wird sich die Industrialisierung also fortsetzen. Man kann sie nicht stoppen, und man sollte sie auch nicht stoppen wollen. Das bedeutet aber, dass sie unter Klimagesichtspunkten so reguliert werden muss, dass die Schäden nicht weiter potenziert werden.

Miegel hat eine sehr schöne Maßeinheit vorgeschlagen: Wenn alle mit dem Ressourcenverbrauch der Amerikaner leben wollten, dann bräuchten wir dafür nicht *einen* Globus, sondern viereinhalb. Wir müssten noch dreieinhalb andere Planeten besiedeln. Wenn alle leben würden wie in Europa, inklusive der externen Effekte, dann bräuchten wir dafür eindreiviertel Globen. Wegen der Begrenztheit des Globus, den wir nun einmal haben, sind also gigantische, auch internationale Umverteilungen notwendig, und zwar hinsichtlich des Wachstums auch in dynamischer Hinsicht. Die Lösung wäre also kein Wachstumsstopp in China, sondern eine Wachstumsregulierung hier – derart, dass das Ergebnis

klimakompatibel ist. Bei einem faktisch eintretenden Null-Wachstum in der OECD-Welt würde das Wachstum allerdings auch in China prekär werden. Mehr als die Hälfte des globalen jährlichen Wirtschaftswachstums findet bereits in China und Indien statt.

Das Problem ist hier wiederum ein Dreieck. Aus Gründen, die der Ökonom Robert Gordon ausgeführt hat und die mich überzeugen, denke ich, dass, was die OECD-Welt angeht, Wirtschaftswachstum Mitte dieses Jahrhunderts eine Sache der Vergangenheit sein wird. Es wird empirisch einfach nicht stattfinden, nicht mehr machbar sein. Die Wachstumsraten sind kontinuierlich im gesamten Zeitraum seit den späten 1970er Jahren gesunken, und es ist auch keine neue Technologie zu sehen, die diesen Trend, wie nach der Erfindung des Automobils, umkehren würde. Das ist der erste Punkt. Zweitens ist Wachstum für kapitalistische Gesellschaften ganz unverzichtbar, sowohl auf der Mikro-Ebene (denn warum sollte man investieren, wenn kein Gewinn zu erwarten ist?) wie auf der kollektiven Ebene, weil Wirtschaftswachstum der große Friedensstifter ist, nämlich ein Positivsummenspiel organisiert, in dem (fast) alle ihre Lebenslage nach geltenden Standards zu verbessern erwarten. Man kann also nicht auf Wachstum verzichten, aber es findet nicht statt. Das Dritte ist noch schlimmer. Selbst wenn Wachstum stattfände, wäre es wegen der externen Effekte auf das Klima, den Energie- und sonstigen Ressourcenverbrauch unerträglich.

Diese drei Dinge kommen zusammen, vollkommen ungereimt und logisch inkompatibel: Was notwendig ist, ist unmöglich; wäre es möglich, so wäre es nicht erträglich. Man kann nur das Problem formulieren und wiederum auf die institutionelle Lücke hinweisen, dass es kaum Verhandlungstische gibt, an denen solche Fragen überhaupt besprochen, geschweige denn entschieden werden können. Institutionelle Lücken, institutionelles Versagen beziehungsweise das Fehlen von Kompetenzen, das ist wirklich das zentrale Problem, sowohl in Europa wie eben auch auf globaler Ebene.

Strecker: Bislang haben Theorieansätze, die nicht an der westlichen Moderne entwickelt sind, in Ihren Arbeiten keine wichtige Rolle gespielt. Welche Bedeutung messen Sie dem globalen Süden für die Theorieentwicklung in den Sozialwissenschaften bei? Welchen Beitrag zum Verständnis der anstehenden Herausforderungen können zum Beispiel Konzeptionen einer globalen Moderne oder von *Multiple Modernities* oder postkoloniale Überlegungen leisten?

Offe: Ich habe etwas Zeit darauf verwendet, mich mit den Regimewechseln und revolutionären Bewegungen im arabischen Raum zu beschäftigen, und das war und ist eine aufregende Art von Neuland für mich.

Strecker: Auch mit Blick auf theoretische Ansätze?

Offe: Ja, denn wir haben es mit Systemen zu tun, in denen zwei Elemente der Modernisierung fehlen. Erstens hat der Universalismus, wie wir ihn aus dem Abendland kennen, dort keine religiöse Fundierung. Die theologische Fundierung des Universalismus ist, dass wir alle Gottes Kinder sind und deshalb zu einer gleichberechtigten Verbrüderung verpflichtet sind. Das ist ein Anspruch, der weiß Gott auch vom Abendland nicht auf die gesamte Menschheit bezogen und universalisiert worden ist; aber er ist jedenfalls im kulturellen Code enthalten und bleibt aktivierbar. Zweitens gibt es in der abendländischen, westlichen Tradition die nach wie vor allerdings nicht befriedete Grenzlinie zwischen den zwei Reichen einerseits der göttlichen Gebote und andererseits der menschlichen, das heißt politischen Normsetzung, also die Trennung von Staat und Religion.

Ich habe nicht gut genug verstanden, wie das in Japan oder in China oder in der arabischen Welt aussieht, aber jedenfalls sieht das nicht so aus, wie es in Europa ausgesehen hat und wie es in Amerika versucht worden ist. Die Trennung von Staat und Religion und die Gleichstellung von Menschen qua Menschenrechte, also der menschenrechtliche Universalismus, sind nicht in die kulturellen Gene dieser Gesellschaften eingesickert. Das ist mir kürzlich noch einmal deutlich geworden, als ich in Krasnojarsk in Sibirien war. Dort höre ich: „Wenn es Staatsfeinde gibt und die Behörden befunden haben, dass die Staatsfeinde wirklich Staatsfeinde sind, warum soll man sie dann nicht foltern? Was spricht dagegen?“ Und in einem Vortrag von einem Soziologie-Professor in Abu Dhabi habe ich gehört, weshalb der Islam und die Demokratie nicht zusammenpassen. Dabei hat er sich auf den *Multiple Modernities*-Ansatz berufen, wie allerdings erst in der Diskussion klar wurde, weil man Shmuel Eisenstadt in Abu Dhabi schließlich nicht zitieren kann, sondern nur für die eigenen Zwecke ausbeuten. Die Behauptung war jedenfalls, dass der Schöpfer nicht die rechtliche Gleichheit aller Menschen gewollt haben *kann*. Denn wenn Gott wirklich *Menschen* hätte schaffen wollen, dann hätte er sie ja nicht in Männer und Frauen unterteilt. Infolgedessen ist da eine schöpferbedingte Differenz, auf die wir auch in unserer Gesetzgebung achten sollen, jedenfalls nicht unter Berufung auf *Menschenrechte* neutralisieren sollten, wie es in liberalen Demokratien geschieht. Wenn man Scharia sagt, sagt man also ‚Männer‘ und ‚Frauen‘ und nicht ‚Menschen‘. Das ist ja das Thema der Scharia, die im Familienrecht und in geringen Teilen im Strafrecht eine Rolle spielt. Vorsichtig gesagt, hat die westliche Moderne in diesen Weltregionen bisher keine zureichende Überzeugungskraft entfaltet, um dort solche Theoreme infrage zu stellen. Eher ist das Gegenteil der Fall. So wird ein thailändischer Betriebswirtschaftsprofessor mit den Worten zitiert: „Drei Dinge sind es, mit denen Ihr Neoimperialisten unseren Wohlstand verhindern wollt, nämlich Menschenrechte, Arbeiterrechte und Umwelt. Das sind westliche, normative Komplexe, die uns in ewiger Abhängigkeit zu halten bestimmt sind, und unter den Umständen kommen wir nicht zu einem *agreement*.“

Die Menschenrechtsdeklaration ist zwar ratifiziert, aber was ist die Praxis *on the ground*? Da kann man schon ins Grübeln kommen, wie auch nur simple Dinge realisiert werden können wie zum Beispiel in Indien die Gleichstellung in Sachen Polizeischutz zwischen den Geschlechtern. Andererseits gibt es in diesen Ländern, insbesondere in China, interessanter- und ermutigenderweise auch massenhafte nichtinstitutionelle Protest- und Widerstandsbewegungen, die sich auf Menschen- und übrigens auch Arbeitnehmerrechte beziehen und das zum Hebel nehmen. Das macht dann wieder den Gedanken plausibel, dass der westliche, modernistische Universalismus und Säkularismus, also die Trennung von Staat und Religion, auf großen Umwegen doch Chancen auf globale Verbreitung haben. Aber nur durch Widerstandsbewegungen vor Ort und nicht dadurch, dass man Eliten, ob intellektuelle oder juristische oder politische, davon von außen zu überzeugen versucht. Das sind alles offene Fragen.

Das Gespräch fand am 4. Januar 2013 an der Hertie School of Governance statt. Wir danken Stephan Langenhan, der eine erste Abschrift besorgt hat, die anschließend von beiden Gesprächspartnern überarbeitet wurde.